

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	28. November 2025
Zeit	15:00 Uhr bis 18:20 Uhr
Ort	Aula Lenzhard
Vorsitz	Beat Hiller, Einwohnerratspräsident
Anwesende	36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Daniel Bär Kristina Schärer Beate Ninow Dominique Guindo
Protokollführung	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Ehrung eines Mitbürgers/einer Mitbürgerin
3. (25/173) Revision Kanalisationsabgabereglement; Genehmigung
4. (25/175) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante Schloss; Verpflichtungskredit
5. (25/178) K 247 Belagssanierung, Mehrzweckstreifen und Rad-/Gehweg Aarau-erstrasse; Verpflichtungskredit
6. (25/177) Schulraumplanung; Erstellung Provisorium ab 2025; Verpflichtungskredit
7. (25/180) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekanten Augustin Keller-Strasse, Kreditabrechnung
8. (25/179) Schriftliche Anfrage; Corin Ballhaus; SVP; Schutzstatus S; Beantwortung des Stadtrats
9. Umfrage

Verhandlungen:

1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich begrüsse alle ganz herzlich zur letzten Sitzung dieser Legislatur. Vor allem begrüsse ich die Anwesenden der beiden Räte sowie Gäste, welche sich eingefunden haben und natürlich die Presse. Ihr seid euch bewusst, alle Geschäfte, welche wir hier heute nicht beschliessen oder zurückweisen, werden nicht mehr in diesem Rat, sondern dann im neuen Einwohnerrat, der am Sonntag gewählt wird, beraten. Ich wünsche denjenigen, die wieder antreten, viel Erfolg und dass sie wieder gewählt werden, und für diejenigen, die heute das letzte Mal dabei sind, werde ich im Rahmen des Abschlussabends eine Verabschiedung machen. Ich habe mich entschieden, dies nicht während der Sitzung zu tun, damit wir genügend Zeit für die Geschäfte haben und uns nicht stressen müssen. Das Protokoll vom 25. September habe ich heute Morgen unterschrieben, und das kann hochgeladen werden. Das Protokoll vom 30. Oktober ist aufgrund von Ferienabwesenheit noch in Arbeit. Die Beschlüsse vom 30. Oktober, welche dem Referendum unterstehen, sollten am 9. Dezember in Rechtskraft übergehen. Die Abstimmung über die neue Gemeindeordnung findet am 8. März 2026 statt. Wir haben folgende Neueingänge: Einerseits eine schriftliche Anfrage von Ivanka Bašić zur Alterspolitik in Lenzburg und ebenfalls eine schriftliche Anfrage «einfach gut» der SP, von Thomas Schär. Christoph Nyfeler wird unter Umfrage zu seiner schriftlichen Anfrage zum Thema Situation und Bekämpfung von Diebstählen etwas sagen. Er hat die Anfrage als dringend eingestuft. Dann ging noch eine Motion ein von Eric Schärer zur Ausarbeitung eines nachhaltigen Konzepts für die Frühförderung von kleinen Kindern, vor allem im Zusammenhang mit der deutschen Sprache. Entschuldigt sind heute Daniel Bär und Kristina Schärer. Beatrice Räber ist ferienhalber abwesend, und Christoph Hofstetter übernimmt heute die Protokollierung. Als Auskunftspersonen ist der gesamte Stadtrat hier.

2 Ehrung eines Mitbürgers/einer Mitbürgerin

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Als erstes Traktandum haben wir eine Ehrung einer Mitbürgerin. Das ist eine Tradition aus Lenzburg seit 1956. Dazu übergebe ich das Wort an Daniel Mosimann.

Stadtkammann Daniel Mosimann: Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren des Einwohnerrats, geschätzte Damen und Herren im Publikum. Der Ratspräsident hat es gesagt, 1956 hat man zum ersten Mal diese Ehrung der Stadt Lenzburg erteilt. Man hat damals einen Barbetrag von CHF 2'000 ausbezahlt. Im Jahr 1964 hat man beschlossen, ein Geldbetrag sei nicht das Richtige und nach neuen Möglichkeiten für diese Ehrung gesucht. Die Lösung war gefunden in einer künstlerisch gestalteten Goldplakette. Auf der einen Seite enthält es die Widmung in Latein, auf der anderen Seite hat es die stilistische Gestalt eines Vogels. Das soll das Symbol für geistige Inhalte, also Gedanken und Ideen sein, deren sich die Person verdient gemacht hat. 1966 wurde die damals noch goldene Plakette zum ersten Mal verteilt an Dr. Peter Mieg. 2012 wurde die Goldplakette in einen Silbertaler umgewandelt und ging an Urs F. Meier. Die Plakette ist ein Werk des Lenzburger Bildhauers Peter Hächler und ist sicher für alle geehrten Mitbürger und Mitbürgerinnen ein Andenken von bleibendem Wert. Dies einfürend als Einordnung der Geschichte. Der Einwohnerratspräsident hat es ebenfalls erwähnt, die Plakette wird in unregelmässigen Abständen verliehen und heute Abend haben wir mal wieder die Gelegenheit, diesen Taler einer Mitbürgerin zu überreichen. Der Stadtrat verleiht die zur Ehrung einer Mitbürgerin geschaffenen Medaille Frau

Helene Thürig, Organistin, Klavierlehrerin, Pianistin, geboren am 12. Juni 1957, von Ruswil LU, wohnhaft in Lenzburg. Aufgewachsen ist Helene Thürig in Pfylen (TG). Sie fand ihren Lebensmittelpunkt 1992 – aus St. Gallen kommend – hier in Lenzburg, und zwar an der Kirchgasse 31 (Altes Pfarrhaus). Seit 2015 wohnt Helene Thürig am Steinbrüchliweg 2. Sie selbst sagt über ihre Verbundenheit zu unserer Stadt: *«In der Stadt, in der ich seither lebe, werde ich auch begraben.»* Diese Worte zeigen, wie tief ihre Wurzeln hier in Lenzburg reichen. Helene Thürig ist Musikerin durch und durch: Organistin, Pianistin und Klavierlehrerin. Von 1991 bis 2013 war sie die Organistin der Stadtkirche Lenzburg – zunächst pendelnd, dann fest in unserer Mitte. Auch heute noch begleitet sie etwa einmal monatlich Gottesdienste im Pastoralraum Region Lenzburg und in Dübendorf. Seit 1993 singt sie – mit kleinen Unterbrüchen – im Chor des Musikvereins und unterstützt diesen als Korrepetitorin. An unserer Musikschule unterrichtete sie von 1992 bis 2021, also beinahe während 30 Jahren, Klavierschülerinnen und -schüler und begleitete zahlreiche andere Instrumentalschülerinnen und -schüler bei Vortragsübungen und Konzerten. Nach wie vor unterstützt Helene Thürig die Musikschule tatkräftig, wenn Stellvertretungen gesucht werden. Helene Thürig prägte das musikalische Leben und vor allem auch den musikalischen Nachwuchs unserer Stadt während Jahrzehnten nachhaltig. Helene Thürig hat sich nicht nur musikalisch, sondern auch politisch und gesellschaftlich für Lenzburg eingesetzt. Zehn Jahre lang, von 1998 bis 2007, war sie Mitglied des Einwohnerrats. Sie übernahm Aufgaben als Stimmzählerin (2000 und 2001), nahm Einsitz in der Arbeitsgruppe Revision der Gemeindeordnung (2003) und wirkte in der Einbürgerungskommission (2004 bis 2007), wo sie sich für Menschen und ihre Lebensgeschichten begeisterte.

In der Museumskommission (1998 bis 2005) brachte sie ihre Leidenschaft für Kultur ein – und lernte dort ihren späteren Ehemann Daniel Vogel kennen, mit dem sie von 2015 bis zu dessen Tod im Jahr 2024 verheiratet war. Daniel Vogel war ihr nicht nur Partner, sondern auch Ermutiger für ihr ehrenamtliches Engagement. Helene Thürig hat weitere bleibende Spuren in unserer Stadt hinterlassen: Sei es mit ihrem Beitrag in den Neujahrsblättern (2009) über die Chorfenster der Stadtkirche oder ihrem Einsatz für den Schülerchor beim Projekt «Der Rattenfänger von Hameln». Helene Thürig zieht den Hut vor Menschen, die sich für unsere Stadt engagieren, wie sie wiederholt betont hat. Heute ziehen wir den Hut vor ihr. Mit ihrer Musik, ihrem politischen, gesellschaftlichen und pädagogischen Engagement, ihrer Herzlichkeit und ihrer zurückhaltenden Präsenz hat sie das Leben in Lenzburg bereichert und geprägt und hinterlässt – so ist der Stadtrat überzeugt – weiter ihre Spuren. Im Namen des Stadtrats Lenzburg danken wir Helene Thürig von Herzen für ihr langjähriges Wirken und ihre Verbundenheit. Wir verleihen ihr die Medaille als Zeichen unserer Anerkennung und Wertschätzung. Vielen herzlichen Dank, liebe Helene.

[Der Stadtammann übergibt den Silbertaler an Helene Thürig.]

Helene Thürig: Geschätzte Damen und Herren Stadträte, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, ich danke Ihnen sehr herzlich für die grosse Ehre, die Sie mir hier zukommen lassen. Das ist etwas Überraschendes, etwas Wunderbares, etwas Berührendes, und es macht mich glücklich, und es macht mich dankbar. Ich bin überhaupt dankbar, dass ich in Lenzburg angekommen bin. Ich habe in Lenzburg eine gute, vielseitige und erfüllende Arbeit gefunden. Ich fand auch genügend Arbeit, das ist nicht selbstverständlich in einem Künstlerberuf. Ich habe liebe Freundinnen und Freunde gefunden, tolle Kolleginnen und Kollegen und schlussendlich eine wirkliche Heimat. Ich habe 1991 an der Stadtkirche angefangen, Orgel zu spielen, da war ich 34. Jetzt sind es wieder 34 Jahre, dass ich hier bin, und wir wissen es nicht, aber vielleicht kann ich noch einmal 34 Jahre hier sein. Die Sachen, die ich gemacht habe, die sind wirklich nicht auf meinem

Mist gewachsen. Es ist mir wichtig, dies zu betonen. Ohne diese Vorbilder, die ich hatte, wäre das alles nicht möglich gewesen. Ich beginne beim Einwohnerrat. Da waren die grossen Vorbilder Dölf Keller, Jörg Kyburz und Heidi Berner, welche später Stadträtin geworden ist. In der Kulturpolitik ist ganz eine vorbildliche Schafferin Sabina Binggeli oder auch Stefan Zantop. Wer mich auch sehr beeindruckt hat, ist auf kantonaler Ebene Irene Näf. An der Musikschule haben wir eine ultimative Klavierlehrerin gehabt, mein grosses Vorbild, Heidi Kaiser oder meine Violinlehrerkollegin Monika Altdorfer, die das regionale Jugendstreicherorchester gegründet und lange Zeit geleitet hat. Im Seniorenchor hatte ich ein paar echte Lenzburger Originale. Ich möchte diese wirklich nennen, es sind alles prägende Figuren gewesen, auch wenn sie nicht mehr leben. Das waren die Schriftstellerin und Lehrerin Margarete Bachmann, genannt Gretli Bachmann, die erste Einwohnerratspräsidentin und Lehrerin Frida Wolleb und Helene Richter sowie Lotte Urech. Sie waren hingebungsvolle Kindergärtnerinnen und Streicherinnen im Musikverein. In der aktuellen Ausstellung des Museums Burghalde gibt es eine eindrückliche Zahl von Frauenpersönlichkeiten. Die zeitgenössischen kenne ich jetzt noch, die will ich Ihnen gar nicht nennen. Sie haben sicher alle diese Ausstellung schon besucht. Bei den etwas älteren Frauen, die zum Teil nicht mehr leben, will ich Fräulein Pfarrer Merz nennen, die ich nicht mehr gekannt habe, aber die überall in der Literatur genannt wird als eine der allerersten Frauen, die den Titel Pfarrer führen und eine vollständige Pfarrstelle ausfüllen konnten. Mathilda Merz ist eine schweizweite Bekanntheit. Von ihr hat man mir erzählt, und ich habe noch die Verehrung von älteren Frauen für sie gespürt. Wenn ich in der Stadtkirche bin, denke ich an das Dreiamteam der Pfarrer in den 90er-Jahren, das ist Ulrike Bux, Thomas Schützbach und Christoph Weber. Sie alle waren prägende Gestalten meines Lenzburger Lebenswegs, und ohne sie hätte ich ganz vieles nicht gemerkt im Leben. Es ist schon erwähnt worden, wirklich und definitiv und zuallererst hat mich mein Mann Daniel Vogel geprägt. Von ihm habe ich gelernt, dass man nicht für sich selbst lebt, sondern für andere Leute. Wenn ich jetzt alle diese Vorbilder mir vor Augen halte, dann bin ich so klein. Umso mehr freut es mich, dass Sie an mich gedacht haben und dass Sie mir diese überaus ehrenvolle Anerkennung zukommen lassen. Ich danke Ihnen sehr, sehr herzlich. Ich danke allen, die mir geholfen haben, dass Lenzburg eine Heimat für mich geworden ist, und ich wünsche dieser Stadt ein kräftiges Gedeihen, man kann das nicht auf Schweizerdeutsch sagen. Ich wünsche ihr eine ganz tolle Zukunft und ihnen eine tolle Arbeit im Einwohnerrat in der Zukunft und dem Stadtrat natürlich auch.

3 (25/173) Revision Kanalisationsabgabereglement; Genehmigung

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank für diese lieben Worte der geehrten Mitbürgerin und die prägenden Aussagen zu ihrem Lebenswerk. Wir kommen zum Traktandum 3, Revision Kanalisationsabgabereglement; Genehmigung.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder des Stadtrats, liebe Mitglieder des Einwohnerrats, sehr verehrte Vertreter der Presse, sehr verehrte Abteilungsleiter, Ehrengäste und weitere Gäste auf der Tribüne, lieber Marcel. Nach der ausführlichen Begrüssung kann ich mich ganz kurz halten zum eigentlichen Inhalt dieser Vorlage. Ihr habt die Vorlage alle studiert und gesehen, dass sie auf einer Vertiefungsprüfung, welche die GPFK für die Abteilung Stadtplanung & Hochbau in Auftrag gegeben hat, basiert. Bei dieser Vertiefungsprüfung sind Unklarheiten bei der Verrechnung der Anschlussgebühren aufgetaucht. Die Unklarheiten wurden in der GPFK thematisiert und diskutiert. Die Abteilung selbst hätte für die Aufarbeitung gerne externe Unterstützung gehabt. Der Stadtrat sah das jedoch anders, und – angesichts der angespannten Budget-

Situation – liess den Auftrag durch die Abteilung erledigen. Die Abteilung hat das vorbildlich angepackt und ist daran, die diversen Pendenzen, die in den letzten Jahren entstanden sind, aufzuarbeiten und hat bereits zweimal in der GPFK darüber Bericht erstattet. Auch das konnte in den Protokollen der GPFK nachgelesen werden. Ebenso, dass auf den Sommer 2026 das Ende dieser Aufarbeitung geplant ist. In der GPFK war uns bewusst, dass die Vertiefungsprüfung, welche in der Abteilung Stadtplanung & Hochbau passiert ist, zeitlich zu einem schwierigen Zeitpunkt stattgefunden hat. Aber gerade mit der Thematik der Anschlussgebühren zeigt es sich, dass es sinnvoll war, diese Prüfung zu machen. Ein grosser Dank geht an dieser Stelle an die Abteilung Stadtplanung & Hochbau und deren Leiter für die Bereitschaft der Zusammenarbeit bei der Vertiefungsprüfung. Aber auch für die Aufarbeitung der Pendezen der Anschlussgebühren, welche liegengeblieben ist notabene vor der Zeit seiner Tätigkeit. Dank geht aber auch an den Stadtrat für die Anpassung des Reglements, was wir vorliegen haben. Die Anpassung entspricht so den Empfehlungen des Prüfteams, welches damals die Vertiefungsprüfung vorgenommen hat: 80 % der geschuldeten Anschlussgebühren bei Rechtskraft der Baubewilligungen, 20 % sollen nach Schlussabnahme verrechnet werden. Die GPFK begrüsst das so und stimmt der Vorlage einstimmig zu. In der GPFK gab es keine grosse Debatte zu dieser Vorlage. Für ein bisschen Verwirrung sorgte, dass im Reglement nach wie vor die Rede vom Gemeinderat statt dem Stadtrat ist. Dies hat sich aber geklärt, weil es bei dem Ganzen um eine Teilrevision geht und nicht um eine komplette Revision. Für eine komplette Revision fehlen die Ressourcen. Die GPFK empfiehlt einstimmig, die Teilrevision zu bewilligen und auch die Fraktionen der Grünen und SP sehen das so. Wir danken dem Stadtrat und der Abteilung Stadtplanung & Hochbau für die schnelle Reaktion und Teilanpassung des Kanalisationsreglements und sind einstimmig für die Bewilligung. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es gibt keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Revision des Kanalisationsabgabereglements wird einstimmig angenommen.

4 (25/175) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante Schloss; Verpflichtungskredit

Rudolf Baumann (SVP): Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder und Gäste, für die Erneuerung dieser Bushaltestelle Schlossparkplatz sprechen wir einen Kredit von CHF 190'000. Für diesen Betrag erhalten wir eine behindertengerechte Bushaltestelle von 21,5 m Länge, ein überdachtes Wartehaus sowie einen Veloparkplatz mit Ladestation. Der Veloparkplatz wird aber finanziert durch den Parkraumfonds. Im Osten des Parkplatzes, in dieser Haarnadelkurve, muss man auf der Kurveninnenseite drei Parkplätze verschieben, da wird die Böschung vorne ein bisschen eingekürzt mit neuen Blocksteinen, damit hinten der Radius für die Gelenkbusse ein wenig besser wird. So können auch diese da rund herumfahren. Am Aussenradius werden die Büsche teilweise ersetzt und zurückgeschnitten. Bei der Einfahrt in den Parkplatz wird die Bodenfläche bei den Linden aufgewertet. Hier noch ein paar Zahlen. Die RBL befördert ca. 13'000 Fahrgäste zum Schloss und zurück. Dazu kommen noch diverse Sonderfahrten von Bussen und anderen Fahrzeugen, die an dieser Haltekante auch wieder Leute ein- und ausladen. Zugunsten dieser Haltekante verlieren wir vier Parkplätze. Im Investitionsplan sind CHF 125'000 eingesetzt. Zur Zeit der Planung wusste man aber noch nicht, dass es Änderungen am Wartehäuschen sowie an der Haarnadelkurve geben wird. Diese wurden da nicht berücksichtigt. Die Kosten dafür sind rund CHF 30'000. Die GPFK stimmt dieser Vorlage einstimmig zu, ebenfalls die Fraktion der SVP. Danke.

Claudia Casanova (Die Mitte): Liebe Gäste, liebe Damen und Herren von beiden Räten, an dieser Stelle danke ich dem Stadtrat, dass er auf das Thema zurückkam. Ich möchte aber nochmal daran erinnern, dass wir seit zwei Jahren ein Behindertengleichstellungsgesetz haben, was vorsieht, dass alle Bushaltestellen behindertengerecht sein müssen. Wir sind natürlich für diesen Umbau und glauben auch, dass gerade die Bushaltestelle beim Schloss, welches grosse Attraktivität für Tourismus und Aussenstehende sowie für Lenzburger hat, umgebaut werden muss. Ich danke dem Stadtrat und empfehle die Vorlage zur Annahme. Vielen Dank.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen von beiden Räten und geschätzte Anwesende, die SP-Fraktion mit den Grünen zusammen unterstützt diese Vorlage auch und wird den Kredit genehmigen. Wir haben es schon gehört, 13'000 Menschen fahren jedes Jahr zum Schloss. Eine moderne barrierefreie Haltestelle mit Unterstand ist ein Vorteil für alle und nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für ältere Menschen, für Familien mit Kinderwagen und alle, die auf den Bus angewiesen sind. Jeder und jede soll unabhängig von den individuellen Einschränkungen einfach an der Haltestelle beim Schloss ein- und aussteigen können, und gerade dies ist oft keine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist es ein wichtiges Anliegen für die inklusive Gesellschaft. Man muss aber auch sagen, Lenzburg hat bereits bezüglich der Modernisierung der Bushaltestelle Fortschritte gemacht. Von 29 Bushaltestellen sind 23 saniert. Das ist eine solide Quote und zeigt, die Stadt nimmt ihre Verantwortung wahr.

Besonders freut uns, dass der Stadtrat in der Vorlage das Postulat «Ein Kronenplatz für alle» erwähnt und zu Herzen genommen hat. Die Modernisierung der Haltekante an der Promenade soll jetzt zusammen mit der Modernisierung des Kronenplatzes geplant werden. Zumindest interpretieren wir das so. Auch der Veloabstellplatz mit Ladestation passt zu einer nachhaltigen Mobilität. Die Fraktion SP und Grüne unterstützen die Vorlage. Merci.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, so kommen wir zur Abstimmung.

Der Antrag Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante Schloss; Verpflichtungskredit wird einstimmig angenommen.

5 (25/178) K 247 Belagssanierung, Mehrzweckstreifen und Rad-/Gehweg Aarauerstrasse: Verpflichtungskredit

Anja Kroll (Grüne): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Anwesende, es enthält eine gewisse Ironie, dass ich jetzt hier für ein Tiefbauprojekt ein Votum halten darf im Auftrag der GPFK. Ich bin persönlich keine Freundin von mehr Asphalt. Dieses Projekt hat die GPFK, ich nehme es gerade vorweg, fast ganz überzeugt. Von den sechs Anwesenden waren doch immerhin fünf dafür bei einer Enthaltung. Es geht im Projekt um 385 Meter Strasse. Der Kostenteiler ist vorgeschrieben, und da können wir gar nicht viel machen. Wie schon oft gewünscht, hat man auch mit Staufen verhandelt, das hat zwar nicht viel gebracht, aber immerhin man hat es versucht. Beim Gesamtprojekt geht es um CHF 4,8 Millionen, und Lenzburg muss davon CHF 1'572'073 bezahlen. Was sicher positiv ist, auch wenn das Preis-Leistungsverhältnis nicht von allen gelobt wurde, ist, dass ein Lärmschutzbelag eingebaut wird. Die Schulwegsicherheit, das ist eigentlich das schlagende Argument, wird besser. Wir haben eine Verbesserung der Velozugänglichkeit für den Lenzopark von der Aarauerstrasse aus. Da sind jetzt diese «Terrorsperrern», also diese Betonblöcke und so eine hohe Kante, wo man gar nicht drüberfahren kann, ausser man hat ein gutes Velo. Der Mehrzweckstreifen macht die Querung

viel einfacher aus einer Seitenstrasse, weil man dann in zwei Etappen queren kann, und da bin ich also auch froh, das ist aus meiner Sicht ein gutes Konzept. Was wie immer zu diskutieren gab, sind die Fussgängerstreifen. Da hätten wir mehr gewünscht. Wir wissen alle, auch da gibt es gesetzliche Vorgaben, und da wurde gezählt und gemäss der Zählung dürfen einfach nicht mehr ins Projekt genommen werden. Wir haben das in der GPFK auch mit dem Leiter der Abteilung Tiefbau & Verkehr Christian Brenner diskutiert, und er hat uns auch zugesagt, dass nach Fertigstellung des Projekts sehr schnell auch wieder erneut gezählt werde, sodass man hoffentlich bald auch einen weiteren Fussgängerstreifen installieren kann. Noch ein letzter Punkt: Es sind ja auch schön viele neue Bäume eingezeichnet. Ob die kommen, das muss uns bewusst sein, ist nicht ganz sicher, weil einige dieser Bäume auf Privatgrund stehen. Also das ist einfach mal ein schöner Plan, und wir hoffen, dass die Bäume kommen werden. Die Grünen werden der Vorlage auch zustimmen. Die GPFK hatte ich bereits erwähnt, ich sage es gerne noch einmal, 5 Ja-Stimmen und eine Enthaltung.

Fabian Würmli (SP): Geschätzte Damen und Herren der Presse, werte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, die SP wird dieser Vorlage zustimmen. Wir können uns anschliessen an das Votum, das Anja gehalten hat. Wir haben das in der gemeinsamen Fraktionssitzung besprochen. Es ist sehr wichtig, dass man die Querung nach dem Bahnübergang verbessern kann. Es ist ein wichtiger Schulweg, auf dem viele Kinder hierherkommen und nun offiziell dem Gehweg entlangfahren können. Sie sollen sicher in die Schule und wieder retour gelangen. Wir sind froh, wenn die Frequenzmessung so schnell wie möglich in Angriff genommen werden kann, damit es da allenfalls einen weiteren Fussgängerstreifen gibt. Wir haben auch wieder Bushaltestellen und Mehrzweckstreifen, welche insgesamt mehr Platz auf den Strassen schaffen, damit es weniger gefährliche Situationen gibt auch im Feierabendverkehr. Wir stimmen dieser Vorlage zu und hoffen, dass auch andere dies machen. Merci.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat, geschätzte Gäste, geschätzte Pressevertreter, die FDP-Fraktion wird dieser Vorlage ebenfalls grossmehrheitlich zustimmen. Ich kann diesen Argumenten, die vorhin vorgetragen wurden, absolut folgen, und zwar aus Sicht eines Anwohners, der praktisch jeden Tag als Fussgänger, Velofahrer oder und Autofahrer die Aarauerstrasse von der Neumattstrasse her quert oder darauf einbiegt. Ich möchte aber zwei Dinge nochmal betonen. Auf dem Plan ist leider nicht ersichtlich, wie die Ausleuchtung oder Beleuchtung des Fussgängerstreifens Mattenweg Neumattstrasse aussieht. Ich habe gestern Abend extra ein Foto gemacht. Momentan haben wir da eine sehr schlechte Ausleuchtung. Wir haben rund 20 m vor und 20 m nach dem Fussgängerstreifen eine Strassenlaterne, die auf dem Fussgängerstreifen eine Verdunklung hervorbringt. Zusätzlich wenn man von Westen gegen Osten fährt, kommt noch das Gegenlicht als Autofahrer dazu. Es blendet stark, die Beleuchtung da ist wirklich enorm schlecht. Ich persönlich stelle den Mehrzweckstreifen absolut in Frage, und zwar zugunsten eines zusätzlichen Fussgängerstreifens. Ich weiss, es gibt gesetzliche Vorschriften, die man teilweise nicht verändern kann, aber ich erachte es als zielführender, für die Sicherheit einen weiteren Fussgängerstreifen Wiligraben Staufbergweg zu schaffen. Wir haben das in der Fraktion sehr lange diskutiert. Die Platzverhältnisse sind gegeben, und man muss sich überlegen, ob man nicht lieber einen Fussgängerstreifen respektive ein Trottoir Richtung Angelrain-schulhaus so ausbauen will, dass genügend Platz vorhanden ist für die Schüler. Dies wäre dann zu Lasten eines Mehrzweckstreifens. Wir haben ebenfalls lang diskutiert, ob Lenzburg so viel Geld ausgeben muss und Stufen nicht. Wir sind noch in juristische Details verfallen, ob eine gesetzliche Vorschrift besteht, wie die Anwohner und Anstössergemeinden zur Kasse gebeten werden können. Wir

wurden diesbezüglich nicht ganz schlüssig. Wir erachten es aber bei grossen Verbesserungen für die Nachbargemeinden als wünschenswert, dass diese zur Kasse gebeten werden sollten. Der Fokus sollte auf der Sicherheit des Fussgängerstreifens und seiner Beleuchtung liegen. Wir haben massiven Verkehr der Schüler mit vielen Velos, Fussgängern etc. die zu Schulanfangs- und Schlusszeiten da kreuzen. Die FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich zustimmen. Danke.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, liebe Damen und Herren aus beiden Räten, geschätzte Gäste, lieber Marcel, Die Mitte und EVP-Fraktion wird diese Vorlage ebenfalls annehmen. Uns waren drei Dinge wichtig: Einerseits die Bestätigung der GPFK, dass das BehiG erfüllt ist, insbesondere alle Führungslinien. Gerade weil es ein fließender Übergang zwischen Fussverkehr und Velofahrenden haben wird, gibt es da noch ein paar Probleme. Das BehiG ist erfüllt, aber eine Führungslinie wird es nicht geben, das sehen wir problematisch, und das ist etwas, was wir auf dem Radar behalten werden. Ich denke da an E-Trottis aber auch an E-Bikes, wir müssen die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger sicherstellen. Wir finden es gut, dass es einen Doppelrandabschluss ist und keine Rille wie an der Bahnhofstrasse. Wir nehmen die Vorlage einstimmig an.

Marcel Schäli (SVP): Sehr geehrter Ratspräsident, geehrter Stadtrat, geehrter Rat, Medien und Gäste. Die SVP-Fraktion hat einen Änderungsantrag auf der Position 222, die die Pflasterungen angeht. Wenn wir unsere finanzielle Situation betrachten, dann müssen wir als Rat schauen, dass nicht zu viel Geld ausgegeben wird für Sachen, die nicht unbedingt nötig und entsprechend kostentreibend sind. Das Projekt ist schon recht lange geplant, und der Stadtrat hat richtigerweise sehr viel Wert auf die Sicherheit gelegt. Die Sicherheit wird erhöht, indem man einen Mittelstreifen schafft. Auch wenn das von Seiten des Kantons nicht unbedingt als notwendig erachtet wird. Es gibt verschiedene Erfahrungen mit solchen Mittelstreifen. Das Verhalten der Velofahrenden ist nicht unbedingt korrekt, nämlich dass über den Fussgängerstreifen gefahren wird statt gegangen. Deshalb ist es nicht immer ideal, solche Dinge einzubauen. Es sind noch weitere Dinge beschlossen wie die Begrünung. Dagegen steht nichts, aber ich glaube wir müssen schauen, dass kein Präjudiz geschaffen wird für Pflanzungen im Privatbereich oder fast Gartensanierungen. Das könnte dann in anderen Projekten auch verlangt werden. Betreffend den Mehrkosten für die Pflasterungen, da stellen wir von der SV-Fraktion einen Änderungsantrag. Die CHF 330'000 sind nicht unbedingt notwendig. Der Grund für uns ist folgender, wenn es nass und frisch ist, dann sind solche Pflasterungen nicht ideal und gefährlich. Dazu ist es lauter und gibt mehr Aufwand. Mit unserem Anteil von diesen 32 % kostet es die Stadt Lenzburg um die CHF 110'000 bis CHF 115'000. Wenn in der Privatwirtschaft eine solche Investition getätigt werden soll, müssen über 1 Million Franken Einnahmen generiert werden, dass ein solcher Wert investiert werden kann. Ich weiss, es wird bei der Verwaltung anders gerechnet. Aber meine Damen und Herren, Steuern zahlen wir alle. Wir von der SVP-Fraktion beantragen mit diesem Änderungsantrag, dass die Position 222, die Pflasterung und die Anschlüsse von CHF 330'000 ersatzlos gestrichen werden. Die Anschlüsse können mit normalem Belag gelegt werden, und was bestehend ist, lassen wir so sein. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank. Wir debattieren nun über diesen Änderungsantrag. Der Änderungsantrag lautet, dass man auf die Pflasterung verzichtet und den normalen Belag einbaut, respektive den bestehenden Belag sein lässt, so habe ich es verstanden. Will der Stadtrat noch etwas dazu sagen?

Stadtmann Daniel Mosimann: Geschätzter Herr Präsident, ja, der Stadtrat möchte dazu etwas sagen. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, den Änderungsantrag abzulehnen. Zum einen hat man gute Erfahrungen gemacht mit diesen Einmündungen. Es betrifft vor allem die südlichen Einmündungen. Man nimmt durch das Rumpeln über die Pflasterung wahr, jetzt fahre ich in ein Quartier hinein. Andere Einmündungen, welche nach Norden gehen, werden nicht so ausgeführt, weil man dort Durchfahrtsperren hat. Aus dem Grund bitte ich den Einwohnerrat, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Christoph Nyfeler (FDP): Es ist für mich eher eine Fragestellung. Auf dem Plan sieht man, dass die Einmündung Neumattstrasse und Wiligraben bereits existierende Pflasterungen haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man CHF 330'000 für ein paar Quadratmeter ausgeben muss. Vielleicht kann man kurz erläutern, wie sich diese CHF 330'000 zusammensetzen. Die bestehende Pflasterung muss ja nicht ersetzt werden und eine neue sehe ich auf dem Plan nicht.

Stadtmann Daniel Mosimann: Danke für die Frage. Jetzt wird es ein wenig schwierig. Es ist nicht unser Projekt, aber ich bin auch der Meinung gerade bei der Neumattstrasse muss die Pflasterung höchstens ergänzt werden, weil allenfalls etwas kaputt gehen könnte bei diesen Arbeiten. Bei den Abschlüssen geht es dann um Randabschlüsse, die im ganzen Perimeter gemacht werden müssen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass man schauen muss, welche Abschlüsse im Lauf des Projekts gemacht werden müssen. Der Kanton hat diesen Kostenvoranschlag, wie er vorliegt, ausgearbeitet. Was man nicht vergessen darf, wenn diese Pflasterung gestrichen wird, müsste ein Betrag gesetzt werden für die Asphaltierung an den Stellen, an denen keine Pflasterung gemacht wird. Es wird also nicht der Betrag gespart, den man hier genannt hat. Mit Abschlüssen sind auch die Randabschlüsse von Trottoirs gemeint. Insbesondere die Zufahrt des Langsamverkehrs beim Lenzopark, diese Absenkung des Trottoirs muss neu konzipiert werden.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Sind weitere Wortmeldungen zum Traktandum gewünscht?

Stadtmann Daniel Mosimann: Zum letzten Mal zu dieser Vorlage. Christoph Nyfeler hat die Beleuchtung der Fussgängerstreifen erwähnt. Es ist geplant, dass es Fussgängerübergänge gibt ohne Streifen. Diese werden jetzt schon normgerecht ausgerüstet, wie es sein muss für einen Fussgängerstreifen. Man macht bei diesen Übergängen gute Ausleuchtung für eine sichere Querung.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank dann kommen wir zur Schlussabstimmung.

Dem Verpflichtungskredit Belagssanierung, Mehrzweckstreifen und Rad-/Gehweg Aarau-erstrasse wird mit 34 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung zugestimmt.

6 (25/177) Schulraumplanung: Erstellung Provisorium ab 2025: Verpflichtungskredit

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Das nächste Traktandum wurde sehr intensiv in der GPFK diskutiert. Das Resultat war sehr knapp, deswegen werden zwei Mitglieder der GPFK das Geschäft vortragen. Ivanka Bašić vertritt die Befürworter und Corin Ballhaus dann die Gegner für dieses Geschäft.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende, es wurde erwähnt, wir waren in der GPFK nicht einig. Ich vertrete deshalb die Seite, welche sich für die Vorlage ausgesprochen hat, und zwar für beide Anträge für die Bauherrenunterstützung und die Containererweiterung sowie das Sporthallenprovisorium im Lenzhard. Ich werde mein Votum so gestalten, dass ich auf die Kritik der Gegenseite eingehe mit unseren Argumenten. Die Kritik war, dass der Stadtrat sich für den Standort Schützenmatte entschieden habe und nicht ergebnisoffen sei. Fakten aus den Unterlagen zeigen aber, dass die Kritik nicht plausibel ist. Es hat ein Workshop unter grosser Mitwirkung der Planungskommission und allen relevanten Abteilungsleitenden stattgefunden. Es waren ebenfalls externe Fachexperten und -expertinnen der Firma Gruner an diesem Workshop dabei. Es wurden verschiedene Szenarien und Kriterien partizipativ evaluiert. Das ist nicht willkürlich, und das ist ergebnisoffen. Es gab mehrere Szenarien, Verdichtung Angelrain, Verdichtung Lenzhard, neuer Standort Wilmatte, neuer Standort Schützenmatten, Areal Feuerwehr, letzteres wurde ziemlich bald ausgeschlossen. Die Bewertung ist nach, ich glaube, 30 standardisierten Kriterien erfolgt. In den Bereichen Infrastruktur, Standortqualität, Mobilität, Nachhaltigkeit und Lebenszykluskosten. Das ist doch Ergebnisoffenheit und faktenbasierte Planung. Das heisst, das Resultat dieser Nutzwertanalyse ist eindeutig gewesen. Szenario 2b, Schützenmatte, hat die beste Bewertung gehabt. Das heisst, dieser Standort hat sich durchgesetzt und ist fachlich und finanzpolitisch den anderen Szenarien überlegen. Eine weitere Kritik war, dass die Schützenmatte zu weit entfernt sei. Das ist ein Argument, das auch nicht der räumlichen Realität entspricht. Wir sind hier im Lenzhard, und das ist genauso weit entfernt vom Zentrum wie die Schützenmatte. Die Sorge um einen gefährlichen Schulweg wurde angebracht. Wir sind auch der Meinung, der Schulweg darf nicht gefährlich sein. Die Wegführung zur Schützenmatte wurde im Planungsteam explizit mitgedacht und bewertet. Der Stadtrat hat vor, gezielte Massnahmen umzusetzen, damit alle Schülerinnen und Schüler sicher zu dieser Schule gehen können. Die bereits bestehenden Velo- und Fusswege werden optimiert, und der Standort ist an den öffentlichen Verkehr angebunden. Mit zusätzlichen Querungshilfen entlang der Hauptachse kann man die Schulwegsicherheit deutlich verbessern. Der Standort hat in den entscheidenden Bereichen, nämlich Infrastruktur und Nutzung, die beste Bewertung gehabt. Das heisst, bedarfsgerechte Tagesschul- und Musikschulplätze sind möglich. Ebenfalls sind ausreichende Schulsportanlagen und Pausenplätze möglich. Es gibt auch Synergie-Nutzung mit der bestehenden Mehrzweckhalle, und das spart Kosten und vermindert Doppelstrukturen. Der Bereich Standortqualität, langfristige Erweiterbarkeit ist längerfristig möglich. Wir planen jetzt nicht nur für heute, sondern wir planen hoffentlich auch für mehrere Jahrzehnte. Im Bereich Nachhaltigkeit heisst es, dass keine Beeinträchtigung der Biodiversitätsfläche vorhanden ist. Eine weitere Kritik war auch, die Verdichtung sei nicht genügend geprüft worden, bestehende Standorte sollen verdichtet werden. Die Nutzwertanalyse, die wir auch in den vielen Unterlagen gehabt haben, zeigt aber auch, dass die Verdichtungsszenarien geprüft worden sind, und die haben einfach schlechter abgeschnitten als neue Standorte. Warum haben sie schlechter abgeschnitten? Bei einer Verdichtung würden Lenzhard und Angelrain über 1'000 Schülerinnen und Schüler pro Standort aufnehmen müssen. Das führt nachweislich zu weniger Pausenplatzflächen pro Kind, ungenügende Sportanlagen, keine Musikschulplätze, also Infrastrukturprobleme; mehr Anonymität, weniger Identifikation mit dem Schulstandort, höheres Konfliktpotenzial, also soziale Probleme, keine Möglichkeit zu späteren Erweiterungen, fehlende Flexibilität. Schulsport müsste an externen Ort ausgelagert werden, also die Elimination von Aussensportflächen. Die Verdichtung würde uns sehr viel teurer kommen, und sie ist sowohl pädagogisch als auch organisatorisch nicht empfehlenswert und auch nicht zu verantworten. Die Vorlage verweist zwar nicht auf eine konkrete wissenschaftliche Studie bezüglich der Schülerzahlen, begründet aber die Grenze von 750 Schülerinnen mit pädagogischem Fachwissen und organisatorischen Erfahrungswerten, Stich-

wort Anonymität, Konflikt, Identifikation, Infrastruktur. Auch wenn es keine wissenschaftliche Studie gibt, die eine exakte, perfekte Schülerzahl definiert, warnt auch die internationale Forschung deutlich vor der Anonymität in Grossstrukturen jenseits von 1'000 Kindern. Ich habe eine kurze Recherche angestellt. Diese Studien haben sich mit der Schul- und Klassengrösse beschäftigt. Die Studien stammen aus dem angelsächsischen Raum, aber sie sind direkt auf unsere Verhältnisse übertragbar, da sie auf einer universellen menschlichen Psychologie wie auch auf einer kognitiven Obergrenze für stabile Beziehungen basieren. Die Studienlage zeigt klar, während die reinen Noten in Riesenschulen nicht zwingend leiden, verschlechtern sich das Sozialklima und die psychische Sicherheit massiv. Dies weil die natürliche soziale Kontrolle verloren geht. Besonders benachteiligte Kinder profitieren nachweislich von überschaubaren Schulen, in denen sie persönlich bekannt sind und nicht in der Masse untergehen. Ich plädiere deshalb dafür, keine unpersönliche Lernfabrik zu bauen, sondern Strukturen zu schaffen, die das menschliche Mass wahren. Eine Verdichtung wäre ein Rezept für überlastete Schulen, in denen weder Schülerinnen sowie Schüler noch Lehrpersonen optimal arbeiten können. Das Problem der HPS, Stichwort Inklusion, sowie das Problem der Mehrzweckhalle wären auch nicht mit einer Verdichtung gelöst. Weitere Kritik war, dass die Schülerprognose unrealistisch bzw. die Prognose von Wüst und Partner nicht richtig sei. Ja, Prognosen treffen selten exakt zu, das stimmt. Aber sie sind eines der besten verfügbaren Instrumente für Planung und Entscheidungsfindung. Sie basieren auf den jeweils besten Daten und Annahmen, spiegeln Trends wider und können einen realistischen Rahmen bieten. Dennoch bleiben sie Schätzungen und müssen laufend überprüft und angepasst werden, wenn sich die Verhältnisse ändern. Was Wüst und Partner auch gemacht haben, sie haben das angepasst im August 2025. Die Schülerprognose entspricht dem methodischen Standard. Sie arbeiten mit mehreren Szenarien, berücksichtigen lokale Faktoren wie Bautätigkeit, Zuwanderung, und die ursprüngliche Prognose ist nach zweieinhalb Jahren an veränderte Rahmenbedingungen angepasst worden. Ich habe auch recherchiert, andere Städte oder Kantone, die machen fast jedes Jahr so eine Schülerprognose. Das ist einfach so, das kann man nicht einmal machen, und dann gilt das für fünf Jahre. Eine Reduktion der Prognosewerte ist kein Zeichen von mangelnder Qualität, sondern zeigt im Gegenteil, dass die Firma ihre Annahme überprüft und aktualisiert hat. Das heisst, in zwei Jahren kann es wieder ganz anders aussehen. Wer die Prognose anzweifelt, ohne Alternative zu nennen, argumentiert nicht seriös. Eine exakte, unabhängige Prognose von renommierten Fachleuten ist deutlich verlässlicher als politische Aussagen von Nichtfachpersonen. Eine weitere Kritik war, warum wurde die Wilmatte nicht als Standort gewählt. Auch da zeigt die Nutzwertanalyse, die Wilmatte sei keine echte Alternative gewesen und habe vor allem verloren bei der Biodiversität, Erweiterbarkeit und Naherholung. Man kann also sagen, dass der Prozess der Wahl des neuen Standorts transparent und partizipativ war. Im Workshop wurde kontrovers über alle Szenarien mit dem Stadtrat, Fachpersonen und externen Experten diskutiert. Man hat die Entscheidung nicht einfach so gefällt, im Gegenteil, der Entscheidungsprozess ist geprägt worden durch intensive Beratung und Diskussion, Einbezug von verschiedenen Perspektiven, argumentativen Austausch zwischen Fachleuten und Entscheidungsträgern und auch transparente Abwägung von Vor- und Nachteilen. Aus unserer Sicht sichert die Vorlage die schulische Qualität und die bestmögliche Lösung. Sie schafft Platz für nachhaltiges Wachstum ohne Extremverdichtung, ist also zukunftsorientiert. Sie bewahrt die Höchstgrösse von 700 Schülern und Schülerinnen pro Standort, ist qualitätsorientiert, die Synergienutzung mit der Mehrzweckhalle reduziert Kosten und ist nachhaltig finanzierbar. Sie ermöglicht Anpassungen bei veränderten Prognosen, ist also auch flexibel. Die geplanten Provisorien am Lenzhard haben sich bewährt und können bei Bedarf erweitert werden. Das ist doch pragmatisch und fundiert. Ich verstehe den Wunsch nach Erhalt gewohnter Strukturen am heutigen Schulstandort. Wir sind alle Gewohnheitstiere. Dennoch möchte ich euch

auffordern, eure Position im Sinne der Kinder und der Stadtentwicklung nochmals zu überdenken. Das ist eine Chance, weil wir mit dem neuen Standort adäquate Lernräume und bessere Infrastruktur schaffen können, die den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen entsprechen. Es entsteht auch die Möglichkeit, das Quartier oben in der Schützenmatte gezielt aufzuwerten und Begegnungsräume für alle Generationen zu schaffen. Dadurch wird die Lebensqualität im Umfeld verbessert und die Gemeinschaft vor Ort gestärkt. Die intensive fachliche Vorbereitung, die Einbindung externer Expertise, verdienen Anerkennung. Lenzburg soll doch auch für kommende Generationen ein attraktiver Schul- und Lebensraum bleiben. Jede Verzögerung ist eine direkte Belastung für die Familien in Lenzburg und, wer gegen die Vorlage stimmt, stellt kurzfristige politische oder möglicherweise auch private Interessen über das Wohl der Kinder und die Zukunft unserer Stadt. Den Teil, den ich aus der GPFK vertrete, sagt eindeutig Ja zu dieser Vorlage und den beiden Anträgen. Danke für die Aufmerksamkeit, und ich freue mich auf den weiteren konstruktiven Austausch.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Corin wird nun die Gegendarstellung machen. Ich möchte aber noch kurz erwähnen, wir müssen aufpassen, dass wir am Schluss kein Durcheinander haben. Wir werden zweimal abstimmen. Einmal geht es um die Bauherrenunterstützung und zum anderen um die Containererweiterung.

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste. Eines vorausgeschickt, ich bedauere es sehr, und es kommt ja ganz selten vor, dass wir die geteilte Meinung der GPFK zum Besten geben müssen. Ich hätte mir gewünscht, dass es dem Stadtrat gelungen wäre, uns mehr hinter seiner Vorlage zu vereinen. Die Schulraumplanung wird mir für immer ein Mysterium bleiben. Die Schülerinnen und Schüler, für die die Stadt jetzt hier den Schulraum plant, fallen nicht vom Himmel, sondern sie sind zum grossen Teil schon geboren. Gleichzeitig schießen grosse Wohnüberbauungen, die für das Bevölkerungswachstum sorgen, auch nicht einfach wie Pilze aus dem Boden, ob in Lenzburg oder in den umliegenden Gemeinden. Grosse Wohnbauprojekte sind das Resultat einer mehrjährigen Planung und können auch nicht ohne das Mitwirken der Exekutive realisiert werden. Gleichwohl gelingt es selten, in genügendem Ausmass Schulraum zur Verfügung zu stellen, wenn es ihn braucht. Das Phänomen plagt nicht nur uns, sondern Städte und Gemeinden landauf und landab. Das taugt aber auch nur bedingt als Entschuldigung für das Dilemma, in dem wir jetzt hier in Lenzburg gerade drinstecken. Das Dilemma hat sich der Stadtrat aber zu einem ganz guten Teil auch selbst zugeschrieben, und es hat schon einige Jahre vor dem Masterplan Schulraum angefangen, mit dem der Stadtrat jetzt in die vorliegende Vorlage einsteigt. Dem besagten Masterplan ist das Dokument Schulraumplanung 2020 vorausgegangen, und das hat besagt, dass an den Standorten Angelrain und Lenzhard für die nächsten 15 Jahre genügend Raum für eine Erweiterung und Verdichtung besteht. Diese Aussage hat die GPFK schon damals stark angezweifelt. Zum gleichen Zeitpunkt hat der Stadtrat für Lenzburg als Kantistandort geweibelt. Ob das Zufall ist, ob es Absicht gewesen ist, das überlasse ich eurem Urteil. Ein überzeugendes Ja seitens Ortsbürgerinnen und Ortsbürger, dem Kanton dafür ihr Zeughausareal im Baurecht zu überlassen, ist es jedenfalls nicht gewesen, und mit der Zustimmung hat es auch erst im zweiten Anlauf funktioniert. Die Beruhigungspille, dass für die Lenzburger Schuljugend auf Jahre genügend Schulraum besteht, hat aber noch einen ganz anderen Effekt gehabt, es hat den Stadtrat nämlich in einen Schlafmodus versetzt. Erst unter dem nachhaltigen Druck der Legislative hat er dann im Frühling 2023 eine Prognose bei Wüst und Partner in Auftrag gegeben und daraus verschiedene Szenarien abgeleitet. Das war dann definitiv der Hallo-Wachruf. Plötzlich hat es an beiden Standorten doppelt so viel Schulraum gebraucht, wie der Stadtrat bisher angenommen hat. Ob die Zahlen stimmen, ob sie zu hoch sind, ob sie eintreffen, spielt – ehrlich gesagt – gar nicht so eine

grosse Rolle. Natürlich, die kann man auch noch immer hinterfragen, aber man hat mindestens realisiert, es wird definitiv zu wenig Schulraum sein. Ein erster Bedarf hat sich dann auch – oh Wunder – schon ganz kurzfristig abzeichnet. So haben wir am Standort Lenzhard kurzfristig die Containeranlage in Betrieb nehmen müssen. Kurzfristiger und provisorischer Schulraum ist immer teurer, wie uns die Kreditabrechnung mit CHF 1,7 Millionen gezeigt hat, die wir in der letzten Sitzung verabschiedet haben. Mit Provisorien geht es jetzt weiter, der zweite Antrag zeigt das. Auch wenn die Container-Lösung lehrer- und schülerseitig gelobt wird, persönlich wäre mir ein Modulbau lieber gewesen und – ehrlich gesagt – auch nachhaltiger, weil mehr Flexibilität. Der Druck, der jetzt von der Prognose dieser Schülerzahlen ausgeht, hat parallel dazu geführt, dass man den dritten Schulstandort evaluiert, weil wir um den gar nicht mehr herumkommen. Das mag ja absolut so sein. Er basiert aber in erster Linie einmal auf einer künstlich festgelegten Grenze von 650 Schülerinnen und Schülern pro Standort. Danke für die ganzen Ausführungen, Ivanka, welche psychologischen Hintergründe dies hat, aber du hast es auch gesagt, eine Evidenz gibt es nicht, das sind reine Erfahrungswerte. Wenn wir rundherum schauen, sehen wir schon nur, der Kantistandort wird deutlich über diese 650 Schüler haben, also haben wir so oder so an dem Standort mehr als 1'000 Schüler, also einfach das als Vergleich. Was den dritten Standort anbelangt, vergrössert sich nämlich das Dilemma jetzt exponentiell, weil, und da sind wir vielleicht in einer Luxus-Ausgangslage, wir haben nämlich mehrere Areale, die für das in Frage kommen. Klar, wir hätten jetzt die 150 Seiten in den Beilagen Wort für Wort lesen können, mich nimmt wunder, wer das von euch wirklich gemacht hat. Noch ganz wichtig in dem Ganzen, wir haben einen Informationsvorsprung diesbezüglich, die Bevölkerung hat da nur ansatzweise mitdenken können. Ja, es gab die Mitwirkung von den Fraktionen, von weiteren Institutionen, ich wage jetzt aber auch dort zu behaupten, dass der Bericht der Mitwirkungsergebnisse den wenigsten hier drin überhaupt bekannt ist; erst recht nicht der breiten Bevölkerung. Tatsache ist, dass zu dem Zeitpunkt noch drei Schulstandorte schlussendlich zur Debatte standen, die etwa gleich viele Stimmen auf sich vereint haben: Die Schützenmatte, Wilmatte und Aabach-Nord. Jetzt passiert nämlich der Bruch, der sich heute darin zeigt, dass die GPFK ein Pro- und Kontra-Votum vorbringt. Dieser Bruch, und da bin ich mir sicher, wird sich noch lange weiterziehen, das bedauere ich sehr. Denn wenn der Wurm mal drin ist, dann beisst er sich offenbar fest. Als wir Anfang November die Vorlage für das heutige Geschäft bekommen haben und zum Infoabend eingeladen wurden, haben sich nämlich manche erstaunlich die Augen gerieben, haben vielleicht noch den Mitwirkungsbericht gesehen. Der Stadtrat hat ohne eine weitere Kommunikation erst mit dieser Vorlage bekannt gegeben, dass er sich für die Schützenmatte als dritten Standort bereits entschieden hat. Aber Kommunikation, das haben wir ja schon mehrfach hier drin bemängelt, das ist nicht wirklich eine Stärke des Stadtrats. Fakt ist, bei diesem Galopp, den er jetzt gerade eingeschlagen hat, hat er einen ganzen Teil der GPFK, des Einwohnerrats und auch der Bevölkerung mit ganz vielen Fragezeichen hinter sich gelassen. Diese Fragen beantwortet eben auch nicht die Vorlage und auch nicht die 150 Seiten Beilagen, und wir ahnen nur, da kommt eine gewaltige Kostenlawine auf uns zu. Auch hier geht es nicht darum, dass wir keinen Schulraum bauen, sondern die Art und Weise, wie wir an das Projekt herangehen. Denn ein zusätzlicher Standort ist so oder so schon teuer. Das wird teurer als eine Erweiterung und Verdichtung einer bestehenden Anlage. Das dürfte uns allen klar sein. Ich erinnere gerne daran, wir haben für den dritten Schulstandort CHF 50 Millionen eingestellt, und es sind aber weit mehr als nur die Baukosten, weil ein dritter Standort bedeutet auch, dass das erst vor zehn Jahren eingeführte Schulkonzept, also die Zentralisierung der Unterstufen am Standort Angelrain und die Oberstufen am Standort Lenzhard, vermutlich hinfällig werden wird. Ob die zentrale Schulleitung, die man jetzt eingeführt hat, so noch funktionieren wird oder ob wir an allen drei Standorten eine Schulleitung installieren müssen, steht genauso in den Sternen. Auch das Modell der Tages-

struktur in der Bleiche, bei dem wir über das Konzept abgestimmt haben und ein paar Franken ausgaben, muss überdenkt werden. Auch dort werden wir mit Folgekosten rechnen müssen. All diese Implikationen, die in so einem Konzeptwechsel enthalten sind, müssen wir heute mitdenken. Ein neues Konzept kann uns der Stadtrat noch nicht vorlegen, aber einen dritten Standort kann er eben trotzdem bestimmen. Die Argumente, die er jetzt vorlegt, um uns zu überzeugen, dass die Schützenmatte der Standort ist, wirken nur zum Teil überzeugend und zum Teil eben sogar widersprüchlich. Hat man sich einmal überlegt, was die Lenzburgerinnen und Lenzburger mit der Schützenmatte heute verbindet? Wahrscheinlich zuallererst unsere Erinnerung an all die Jugendfeste und Freischarmanöver. An die Ausstellungen, die LEGA usw.; ob es sie zukünftig noch gibt, wissen wir noch nicht, das Schwingfest oder die Hypi-GV? Die Schützenmatte ist seit vielen Jahren aber auch die Heimat der Reithalle, der Reiter und Reiterinnen. Genauso ist die Schützenmatte ein Naherholungsraum und wird als solchen geschätzt. Aus Sicht der Stadtkasse ist die Mehrzweckhalle ein nicht ganz unwichtiger Einnahmenposten. Wir nehmen jährlich etwa CHF 300'000 an dem Ort ein, vor allem das Militär, wo das in Zukunft hinsoll und ob es noch Platz hat, können wir jetzt auch einmal noch in Frage stellen und ob und wie all die Nutzungen zukünftig überhaupt berücksichtigt werden können, wissen wir noch nicht. Aber wir wissen, die Mehrzweckhalle ist sanierungsbedürftig, und da ist es natürlich aus Sicht des Stadtrats praktisch, wenn sich das mit dem Schulbau an dem Standort fast von selbst erledigt. Das Schulkonzept kennen wir noch nicht, aber für den Stadtrat ist heute schon klar, dass die HPS auf der Schützenmatte angesiedelt wird. Die HPS hat sich, das wissen wir auch, verschiedentlich geäußert, dass für sie die Nähe zur Primarschule mehr Sinn machen würde, also wird es auch ein Standort, an dem Primarschüler zur Schule gehen. Die Schülerinnen und Schüler der HPS werden mit Autos zur Schule gebracht und das bringt mich zum Thema der Erschliessung des Standorts. Also ich lese als einzigen Vorteil in dieser Vorlage, die Erschliessung für den motorisierten Individualverkehr am Standort Schützenmatte sei ein Vorteil. Dies kann ich wirklich schwer nachvollziehen. Die Vorlage verliert aber keine Silbe darüber, wie all die Schülerinnen und Schüler, und das sollen ja dort dann auch mal 650 sein, oder sogar noch mehr, wenn man ja ausbauen kann, wie die dort hinkommen sollen. Der Stadtrat hat das als Herausforderung erkannt, ja, nennt aber fast im gleichen Atemzug dann, ja, wir könnten einen Veloweg und einen Fussweg über den Bahndamm machen. Mit dem gleichen Argument ist aber dann der Aabach-Nordstandort abgeschossen worden, denn das liegt im Störfalkkataster. Wieso dort ein Schulweg möglich sein soll, hinterlässt Fragezeichen. Der Stadtrat hat eine ganz wichtige Aussage am Info-Abend gemacht, nämlich dass, wer den dritten Schulstandort auf der Schützenmatte nicht wolle, der müsse zum jetzigen Zeitpunkt nein zum Projektierungskredit sagen. Das hat den Teil der GPFK, der Nein sagt, dazu gebracht, den ersten Antrag zur Ablehnung zu empfehlen. Beim zweiten Antrag geht es um den Projektierungskredit für das Provisorium. Bis wir zum dritten Schulstandort kommen, haben wir weiteren Schulraumbedarf, der muss jetzt geplant werden. Da gibt es Planungskosten, und die sind eben mindestens im Lauftext falsch ausgeführt, die sind insgesamt ausgewiesen mit CHF 493'000. Dies sei im Finanzplan eingestellt für die Planung des Containerschulraums Provisorium CHF 500'000 und für die Planung der Doppelturnhalle CHF 150'000. In der Zwischenzeit wissen wir, das ist eine Fehlaussage, es müsste genau umgekehrt sein, es ist aber auch schon falsch im Finanzplan drin. Der Stadtrat hat dazu auch ausgeführt, dass eine Planung des Schulraumprovisoriums nicht möglich sei, wenn man den ersten Antrag ablehne, dann müsste er diesen Antrag auch zurückziehen. Das hat uns dann bewogen, eben auch den zweiten Antrag abzulehnen. Grundsätzlich wünsche ich dem Stadtrat bei diesem Projekt, und das hat noch einen langen Weg vor sich, mehr Fingerspitzengefühl im Umgang mit der Bevölkerung, denn dieses Projekt wird uns noch lange Jahre begleiten. Es wird noch oft

Möglichkeiten geben, hier Stolpersteine in den Weg zu legen. Ich finde es schade, dass wir es nicht geschafft haben, hier wirklich mit einer geeinten Meinung an das Ganze zu gehen. Danke vielmals.

Janine Pfister Meier (SP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Presse, geschätzte Gäste. Die SP stimmt beiden Beträgen zu. Der Bedarf an zusätzlichen Sporthallen ist dringend, und eine weitere Verzögerung wäre nicht verantwortbar. Die Schule braucht Hallen nächstes Schuljahr, deshalb Ja zu dem zweiten Punkt im Antrag. Den Kredit für die Bauherrenunterstützung zur weiteren Schulraumplanung befürworten wir auch. Es geht mit dem Betrag jetzt einmal um die Planung und noch nicht um irgendeine Realisierung. Die Schule braucht Raum und Planungssicherheit. Die Schulraumplanung ist komplex und verlangt eine sorgfältige, breit abgestützte Vorgehensweise. In der Planungskommission haben wir nachvollziehen können, wie der Stadtrat vorgegangen ist. Externe Fachpersonen haben eng mit Steuer- und Projektgruppen zusammengearbeitet, Lehrpersonen sind in einer Arbeitsgruppe beizogen worden, und auch Fraktionen konnten mitwirken. Die Vorlage und der Synthesebericht legen die Herleitung des Entscheidens transparent und plausibel dar. Jetzt favorisiert der Stadtrat die Schützenmatte als dritten Schulstandort. Der Ort an und für sich ist ja eigentlich ideal gelegen, also ruhig gelegen und nah am Wald, bietet Ausbaupotenzial und ermöglicht eine sinnvolle Kombination zwischen Turnhalle und Eventhalle an einem Ort, der Lärm kaum stört. In zehn Jahren wirkt der Ort vielleicht auch gar nicht mehr so dezentral, wie wir heute das Gefühl haben mit der Entwicklung des Aabach-Nord-Areals. Entscheidend aber ist die Frage, und der Stadtrat ist sich dessen bewusst, auch Corin und Ivanka haben das angesprochen, wie gewährleisten wir eine sichere und effiziente Erschliessung für 300 bis 400 Kinder zu Fuss oder mit dem Velo. Die Querung dieser zwei stark befahrenen Hauptachsen ist wirklich eine echte Herausforderung. Da braucht es Transparenz und gute Kommunikation. Ängste und Vorbehalte entstehen ja häufig, weil man sich etwas nicht konkret vorstellen kann. Wenn klar aufgezeigt wird, aus welchem Quartier und wo die Kinder durchlaufen und wie sichere Routen verlaufen, wird für uns alle Vieles greifbarer. Deshalb erwarten wir von dieser externen Bauherrenunterstützung, dass sie bald genau das Aufzeigen kann, eben konkrete, realistische Varianten, für sichere Velo- und Fussverkehr-Erschliessungen. Bevor diese Frage überzeugend beantwortet ist, bleibt der Standort für uns auch noch nicht so ideal. Corin hat es auch gesagt, für die Bevölkerung wäre es gut, wenn sie all die Überlegungen gehört hätte, die der Stadtrat gemacht hat im Vorfeld. Im GPFK-Protokoll konnten wir Vieles davon nachlesen. Vielleicht braucht es im neuen Jahr eine öffentliche Info-Veranstaltung, in der der breiten Bevölkerung aufgezeigt wird, welche Gedanken im Rathaus gemacht worden sind und in der die Bevölkerung Fragen zu Unklarheiten stellen kann. Die SP ist für den Kredit, damit diese Planung vorwärtsgehen kann.

Michael Häusermann (SVP): Herr Einwohnerratspräsident, liebe Anwesende, es ist ihnen sicher auch schon passiert, dass sie ein Projekt hatten und bei der Umsetzung gemerkt haben, es klemmt an der einen oder an der anderen Ecke. Wenn man das Ganze dann beschreiben muss, kommt man zum Schluss, in diesem Vorhaben ist der Wurm drin. In etwa so erleben wir seit zehn Jahren die Planung und Umsetzung des Schulraums in der Stadt Lenzburg. Wenn wir ehrlich sein wollen, ist doch hier irgendwie der Wurm drin. Wenn wir zurückblicken, für diejenigen, welche noch nicht so lange in diesem Rat sind, so beginnt die Geschichte, in der der Wurm drin ist, bereits 2019-2021. Es wurde von Corin schon erwähnt. Der Stadtrat hatte die Idee, Lenzburg soll ein Standort für eine Kantonsschule werden. Das Vorhaben, und das kann ich nicht oft genug wiederholen, war von Anfang an ein Prestigevorhaben. Es gibt keinerlei gesetzliche oder gesellschaftliche Verpflichtungen, dass Lenzburg eine Kanti beherbergen soll. Im Gegensatz dazu sind wir verpflichtet Schulraum für die Volksschule zu

stellen, was auch absolut richtig ist. Der Stadtrat hat sich in der damaligen Situation für den Kanti-Standort Zeughausareal entschieden, weil man der Bevölkerung mitgeteilt hat, dass Lenzburg genügend Flächen für eigenen Schulraum hat. Die Vorlage wurde mit einem finanziellen Anreiz für die Ortsbürger bereichert, und so haben diese 2021 der Sache zugestimmt, nämlich dass das Zeughausareal für den Kanton hergegeben werden soll. An dieser Haltung, dass das Zeughausareal für den Kanton sein soll und nicht für Lenzburg, hält der Stadtrat noch immer fest. Genau das ist das Problem an dieser ganzen mehrjährigen Schulraum-Standortdiskussion. Die Reservierung des Zeughausareals für das Prestigeobjekt Mittelschule blockiert unsere ganze Schulraumplanung, und alle weiteren Gedankenspiele gehen immer um das Zeughausareal herum, weil das blockiert ist, dabei wäre das so ideal hier im Lenzhard über die Strasse. Der Stadtrat ist aber auch bis heute nicht bereit, mit dem Kanton über einen anderen Standort für die Kantonsschule zu diskutieren. Eine Kantonsschule kann nach Lenzburg kommen, da sind wir nicht dagegen, aber es stört uns, dass man mittlerweile das ideale Areal blockiert hat, und wir für unsere Lösungen etwas anderes suchen müssen. Vermutlich will der Stadtrat mit dem Kanton nicht diskutieren, weil er dann einen Standortfehler zugeben müsste, wir wissen es nicht. Jetzt haben wir diese Vorlage, welche hier vor uns liegt, einen dritten Schulstandort in der Peripherie von Lenzburg. Der Stadtrat ist im Sommer 2025 zum Ergebnis gekommen, dass er lieber auf der grünen Wiese bauen will, als dass wir die bestehenden bebauten Flächen, und solche hätten wir, für unseren Schulraum und somit für unsere Bedürfnisse umsetzen. Obwohl die Mitwirkungen in der Planungskommission die Pattsituation von diesen Standorten Wilmatten und Schützenmatte von zehn zu zehn Stimmen gebracht haben, und der Standort Aabach-Nord, als dritter Standort mit neun Stimmen nur ganz knapp unterlegen ist, schlägt der Stadtrat als einziger Vorschlag die Schützenmatte vor. Beim Standort Aabach-Nord will er auch keinen Schulraum, weil er dort andere Ziele im Kopf hat, unter anderem noch mehr Wohnungen für Lenzburg. Wir sind eh schon ein bisschen knapp mit der Bevölkerung. Der Stadtrat führt als Stärken beim Standort Schützenmatte aus, dass mit einem Schulhaus in der Schützenmatte eine, ich zitiere, Belegung von wenig genutztem Standort, Zitat Ende, erreicht wird. Der Standort Schützenmatte bietet eine, Zitat gute Erreichbarkeit für motorisierten Individualverkehr, Zitat Ende. Ein Schulhaus in der Schützenmatte führt zu einer, ich zitiere, städtebaulichen Aufwertung des heute noch dezentral gefüllten Stadtgebiets, Zitat Ende. Geschätzter Stadtrat, Lenzburg steuert auf eine Einwohnerzahl von mehr als 12'000 Personen zu. Eine weitere Erhöhung ist absehbar. Braucht denn die Lenzburger Bevölkerung das wirklich, dass auch der Ort dort draussen, der doch glücklicherweise bis heute eher wenig Betrieb hat, belebt und aufgewertet werden muss? Oder ist nicht gerade diese Tatsache, dass wir am Rand der jetzigen Bebauungsgrenze eine ruhigere Zone haben, in der sich die Leute abseits des Lärms und des Betriebs im Grünen bewegen können, ein Gewinn? Wir kennen niemanden aus Lenzburg, der sich schon einmal beschwert hat, dass es in der Schützi eindeutig zu ruhig sei. Obwohl wir heute Nachmittag, das ist uns bewusst, in dieser Vorlage keine Standortentscheidung fällen müssen, hängt der Antrag der Bauherrenunterstützung mit dem Standort Schützenmatte zusammen. Denn bei Zustimmung zu dieser Bauherrenunterstützung wird eben auch der Standort Schützenmatte weiter geplant. Wir möchten es an dieser Stelle deutlich festhalten, für die SVP-Fraktion ist die Schützenmatte der völlig falsche Standort für einen dritten Schulstandort. Wir haben so viele Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die der gleichen Meinung sind, sodass wir uns in unserer Haltung bestätigt fühlen. Der Nachteil dieser Schützi, vor allem mit der Erschliessung, wir haben es vorhin zum Teil auch schon gehört, wir haben zwei stark befahrene Kantonstrassen mit der Niederlenzer- und der Henschikerstrasse. Mit der Schulwegsicherheit für die Schülerinnen und Schüler, mit der weiten Entfernung zu den bestehenden Schulstandorten, ist es aufwendiger und zieht für uns viel mehr Nachteile als Vorteile mit sich. Wir sehen deshalb absolut nicht ein, weshalb ein Standort in

der Schützenmatte verfolgt wird. Wir hätten lieber das Zeughausareal für die Lenzburger und nicht für den Kanton. Die SVP unterstützt den Standort Schützenmatte nicht. Das hat Auswirkungen auf unseren Entscheid von heute Nachmittag. Wir sind im Grundsatz mit dem Stadtrat gleicher Meinung, dass eine Schulraumplanung sehr komplex ist und dass hier Bauherrenunterstützung durchaus sinnvoll ist, das sind ja auch Experten. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Bauherrenunterstützung, aber so wie die Vorlage, die wir heute Abend haben und der Standort Schützenmatte gegeben ist, unterstützen wir den Verpflichtungskredit nicht, auch nicht, wenn er sogar noch eventuell ein bisschen höher daherkommt. Offenbar hat die FDP hier irgendwie noch einen Änderungsantrag vor. Dass mit dieser Bauherrenunterstützung auch der Standort Schützenmatte vorangetrieben wird, geht für uns in die falsche Richtung. Ganz kurz noch, es ist bereits erwähnt worden, die Schülerzahl von 750 Kindern, an der der Stadtrat festhält. Wir haben gehört, diese Studien kann man hin und her drehen. Schauen wir kurz nach Aarau. Aarau realisiert das Oberstufenzentrum Telli mit 54 Abteilungen. Ich glaube nicht, dass sich ein Schulkind von Lenzburg und von Aarau unterscheidet. Wir sehen in dieser Vorlage noch Traum- oder Wunschvorstellungen, und wir hätten eben lieber ein bisschen mehr Realität und Weitsicht. Eine Kombination der Verdichtung des bestehenden Standorts und einem kleineren dritten Standort in der Nähe der jetzigen Schulanlagen sind für uns etwas Sinnvolles. Die jetzige Vorgehensweise ist für uns nicht ausgegoren.

Der zweite Antrag, den wir noch haben betrifft die Planungskosten einerseits für die Weiterung dieser Container, die wir im letzten Jahr gebaut haben, und andererseits die Planungskosten für ein Doppelturnhallen-Provisorium. Obwohl ich auch schon einige Jahre hier im Einwohnerrat dabei bin und schon viele Einwohnerratsvorlagen durchgelesen habe, hat es der oder die Vorlagenschreiber/-in fertiggebracht, auch bei mir eine gewisse Verwirrung zu verursachen, was die Begrifflichkeiten angeht. Die Formulierungen in der Vorlage sind teilweise schlecht und eher verwirrend gewählt. Ein Planungskredit ist eigentlich klar, da sprechen wir von einer Planung. Ein Verpflichtungskredit, da verpflichten wir uns für irgendetwas, und aus meiner Sicht ist das dann eher eine Ausführung, also zum Beispiel ein Bauprojekt oder eine Bauherrenunterstützung, also etwas Handfestes. Wobei, das ist eben trotzdem auch nicht ganz klar, es gibt offenbar noch den Begriff von Planungs-Verpflichtungskredit und in unserem Antrag, ganz hinten unter Ziff. VIII steht dann noch etwas von einem Planungs- und Verpflichtungskredit. Nach einem Hin und Her mit dem Bauamt und dem Herrn Vizeammann, besten Dank für die Beantwortung, hat sich denn die Sache geklärt. Der Stadtrat möchte für die Planung dieser Container und des Turnhallen-Provisoriums, das ist nur die Planung, einen Kredit von CHF 493'000. Für uns sind die CHF 493'000 ein wahnsinnig hoher Betrag. Bei der Erweiterung dieser Container erweitern wir ja etwas, was wir vor wenigen Monaten realisiert haben. Warum wir dann hier schon wieder Tausende Franken planen müssen, ist für uns ein bisschen unverständlich. Aber wie viel Planungskosten aus diesen CHF 493'000 überhaupt für die Container sind und wie viel für dieses Doppelturnhallen-Provisorium, das sieht man eben dort wieder nicht und das ist schade. Dieser Kreditantrag für kurzfristigen Raumbedarf zeigt uns noch einmal mehr auf, wie stark der Wurm in dieser ganzen Sache drinsteckt. Aufgrund dessen, dass die Ausführungen in der Vorlage zu dieser kurzfristigen Planung zum Teil ein bisschen verwirrend statt transparent und klar nachvollziehbar formuliert sind, werden Einzelne von uns dem Antrag 2 nicht zustimmen. Besten Dank.

Francis Kuhlen (FDP): Meine Damen und Herren, auch von meiner Seite begrüße ich euch herzlich. Wir von der FDP-Fraktion begrüßen es, dass der Stadtrat dringlich jetzt die Schulraumplanung an die Hand nimmt und eine Vorlage unterbreitet. Es sind schon zwei Voten der GPFK vorgetragen worden. Meine Auffassung war immer, dass ein Votum der GPFK berichtet, über was diskutiert und

dann entschieden wurde. Heute habe ich auf beiden Seiten sehr vieles gehört, was wir nicht diskutiert haben. Da kann man fragen, ob das noch in Ordnung ist. Wir hatten eine grosse Diskussion in unserer Fraktion über diese Vorlage, und keiner hat sich richtig erwärmen können dafür, dies aus ganz unterschiedlichen Gründen. Nach der Diskussion in der GPFK, an der die Unterschiede sehr aufeinander geprallt sind, habe ich mir am Schluss überlegt und innerhalb der Fraktion diskutiert, ob man zwischen diesen beiden Standpunkten nicht eine Brücke schlagen könnte. Das hat dazu geführt, dass wir einen Änderungsantrag zum Antrag 1 dieser Vorlage machen. Der Grund ist, dass der Vorschlag des Stadtrats einen Entscheid für einen dritten Schulstandort in Lenzburg impliziert. Über die Planung wurde schon sehr umfangreich berichtet. Im Grunde geht der Stadtrat bei dieser Planung fix von zwei Zahlen aus. Einerseits von der Prognose von Wüst und Partner in Bezug auf die Schülerzahl in den nächsten Jahren und andererseits von 750 Schülerinnen und Schülern als Maximum für einen Schulstandort. Beide Zahlen werden von unserer Fraktion ernsthaft in Zweifel gestellt. Ich erinnere daran, vor anderthalb Jahren hat Wüst und Partner in diesem Raum die Studie vorgestellt mit der Prognose der Schülerzahlen und auf meine Frage, ob die Zahlen plausibilisiert sind, hat es geheissen «Nein», das Modell, das sie gebraucht haben, sei neu, das können sie gar noch nicht machen. Eineinhalb Jahre später sehen wir, dass diese Zahl schon um 25 % reduziert worden ist, ohne Begründung; ich habe sie zumindest nicht gesehen. Im Prinzip ist das etwas, das das Vertrauen in die Zahlen von Wüst und Partner zumindest bei mir nicht stärkt. Man betrachtet, und das ist auch so gesagt worden, die Zahlen von Wüst und Partner, die jetzt in der Planung eingeflossen sind, im Moment als zu hoch. Die Schüler, die dort in die Schule gehen werden, sind schon geboren oder die Eltern wohnen schon in Lenzburg. Die Vorlage postuliert auch 750 als maximale Zahl der Schülerinnen und Schüler für die Planung dieser Schulanlage. Die Festlegung dieser Zahl ist absolut arbiträr und entbehrt jeglicher Evidenz. Ich habe einmal bei KI, insgesamt drei KI-Systeme, und nachher auch in Studien geschaut, ob es Informationen zur optimalen Schülerzahl an einer Schule gibt. Alle kommen zum gleichen Schluss, dass es keine universell anerkannte maximale Idealgrösse für die Gesamtschülerzahl einer Schule gibt, da die optimale Grösse von vielen Faktoren abhängt, wie zum Beispiel Schulform, Klassengrösse, pädagogisches Konzept, kantonale Vorgaben und so weiter und so fort. Wir sind der Meinung, dass die Prognosezahlen für die Schüler unbedingt von einem anderen Prüfer plausibilisiert werden muss. Es gibt einige, die zum Beispiel in Möriken-Wildeggen gebraucht wurden, die an und für sich zu sehr viel konservativeren Schülerzahlen kommen. Das soll plausibilisiert werden, und neben dem dritten Schulstandort soll auch aus unserer Sicht eine Verdichtungsvariante geprüft werden, sowohl mit finanziellen als auch mit logistisch attraktiven Alternativen. Damit hoffen wir, dass wir eine Brücke zwischen diesen beiden Standpunkten legen können. Wir haben über die Stadtkanzlei und die Fachabteilung abgeklärt, und die Zahl von CHF 35'000 erhalten, die die zusätzlichen Abklärungen für die Verdichtung an den beiden bestehenden Schulstandorten kosten würden. Wir haben dann auch in dem Änderungsantrag eingefügt, dass wir die Überprüfung dieser Schülerzahlen haben wollen. Der Ressortvorsteher, Andi Schmid, hat uns zugesichert, dass dies eh eingeplant ist, deshalb wurde ein Extrabetrag eingesetzt. Aus diesem Grund haben wir in dieser Vorgabe einen Verpflichtungskredit von CHF 280'000 vorgesehen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, mit dem Änderungsantrag stellen wir sicher, dass wir ein paar valable Alternativen zum dritten Schulstandort nicht ausser Acht lassen können und auf der anderen Seite, dass auch die Schulplanung ohne Verzögerung an die Hand genommen werden kann. Wir haben nämlich in der GPFK diskutiert oder empfohlen, dass der Stadtrat die Vorlage zurückzieht und mit der Untersuchung der Alternative kommt. Ich glaube, mit diesem Vorgang haben wir den Vorteil,

es kann ohne Verzögerung weitergearbeitet und trotzdem alternative Lösungen gesucht und vorgeschlagen werden. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Danke Francis. Nun liegt der Änderungsantrag vor, der lautet, dass der Planungskredit auf CHF 280'000 erhöht wird mit dem Auftrag auch eine Verdichtung des bestehenden Standorts zu prüfen. Wir debattieren jetzt darüber und stimmen dann darüber ab. Gibt es Wortmeldungen?

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Präsident, liebe Mitglieder von beiden Räten, geschätzte Anwesende. Ich möchte daran erinnern, dass wir im Einwohnerrat und auch in der GPFK dem Stadtrat in den letzten Jahren Druck aufgesetzt haben, diese vorausschauende Schulhausplanung anzugehen. Sodass wir nicht mehr Provisorien errichten müssen, die Mehrkosten generieren. Genau das macht jetzt der Stadtrat. Er hat weitergedacht, er hat den dritten Standort schon bestimmt, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, und das ist jetzt auch nicht gut. Die Vorlage zeigt, dass sechs Standorte intensiv geprüft worden sind. Die Vorlage zeigt, dass unsere finanzielle Lage bei jedem Standort berücksichtigt und auf Vor- und Nachteile abgewogen worden ist. Darum ist jetzt die Schützenmatte in dieser Vorlage der Favorit. Ohne diesen Standort fallen wieder zusätzliche Millionen an für die Sanierung einer Mehrzweckhalle.

[Der Präsident unterbricht und weist darauf hin, dass über den Änderungsantrag der FDP debattiert werden soll]

Daniel Blaser (Die Mitte): Ich finde persönlich, wir sollten nicht zu viel Gewicht auf die erneute Berechnung der Schülerzahl legen. Es ist egal, wie wir es rechnen, es wird schlussendlich nicht genau so eintreffen. Das ist momentan auch nicht relevant für die Vorlage. Denn Fakt ist, wir haben zu wenig Schulraum, und wir haben jetzt Provisorien.

Vielleicht darf ich noch auf das Verdichten eingehen, das ist ja in der Vorlage erwähnt worden. Ich bin einfach gegen das Verdichten, denn verdichten kann man zu einem späteren Zeitpunkt immer noch. Ich finde es gut, wenn wir uns jetzt um einen dritten Standort kümmern, denn man weiss nicht, ob wir zu einem dritten Standort kommen. Verdichten ist auch immer mit vielen negativen Dingen verbunden, wie zum Beispiel Lärm, man muss den laufenden Betrieb irgendwie gewährleisten können. Es gibt Mehrkosten, wenn man aufbaut, muss man auch am alten Gebäude meistens noch Änderungen machen und so weiter. Deshalb sind wir mehrheitlich der Meinung, man muss die Chance jetzt nutzen und die Vorlage, die wir vor uns haben, unterstützen und das Ganze jetzt in der Schützenmatte weiterbringen. Die Mitte und die EVP-Fraktion sind mehrheitlich für die Vorlage und gegen den Änderungsantrag.

Sigrid Schärer (Grüne): Liebe Anwesende, bevor ich ganz konkret auf den Änderungsantrag eingehe, will ich nur ein bisschen ausholen, denn ich finde es relevant für meine Argumentation. Ich selber bin in dieser Planungskommission dabei gewesen, und es ist nicht einfach so aus der Luft gegriffen, was dort gemacht wurde. Es waren viele Leute dabei auch erweiterte Interessensgruppen und Lehrpersonen, welche im Echoraum dabei waren. Ich finde das sehr wichtig, denn am Schluss müssen auch sie damit leben, nicht nur die Bevölkerung, die Kinder hat. Es wurde eine Auslegeordnung gemacht. Es war nicht klar definiert, man will die Schützenmatte, oder man will verdichten. Man hat generell geschaut, was haben wir in Lenzburg, und was kommt in Frage. Auch eine Verdichtung wurde analysiert. Man hat sich auch überlegt, ob man beispielsweise in der Wilmatte einen Satellitenstandort machen will. Dies wurde aber von den Lehrpersonen nicht befürwortet, da die Wege zu

lang wären von den aktuellen Standorten her. Mit einer Nutzwertanalyse konnte man eingrenzen und hat dann den Entscheid getroffen, es braucht einen dritten Standort. Der Stadtrat hat sich für die Schützenmatte entschieden, und wir haben es vorher gehört, mit den Schülerzahlen, Schulraum: der Stadtrat hat ein Problem, wenn das nicht angegangen würde. Jetzt geht man es an, und zwar nicht kopflos, sondern meiner Meinung nach überlegt und fundiert. Der Stadtrat hat eine gute Basis geschaffen, um eine Entscheidung treffen zu können, welche wir immer verlangt haben. Nun ist es aber wieder nicht nachvollziehbar, und man möchte wieder Dinge hinterfragen. Das ist grundsätzlich berechtigt. Wir haben in der Planungskommission aber Vieles schon angeschaut, und das Einzige, was wir verlieren, ist am Schluss Zeit und Geld. Ja, wir haben noch Hürden beim Schulweg aber in zehn Jahren sieht die Welt im Areal Aabach-Nord ganz anders aus. Vielleicht haben wir dann da eine Überbauung, und der Werkhof ist weg. Die Strassen werden bearbeitet und das Gebiet aufgewertet. Ich möchte noch kurz auf die Verdichtung eingehen, und vor allem auf die Aussage «Anfragen, in KI-Systemen bestätigen, ausnahmslos, dass es die ideale Schulgrösse nicht gibt.» Ich finde das ehrlich gesagt ein bisschen anmassend, wenn man Lehrpersonen, die damit arbeiten, befragt hat und dann sagt, KI sagt etwas anderes. Es kommt meiner Meinung nach auch immer darauf an, wie man die KI gefragt hat. Je nachdem, wie man fragt, erhält man auch die Antwort, die man hören will. Wir haben Lehrpersonen im Raum, fragt doch diejenigen, die täglich da arbeiten und mit diesen Kindern zurechtkommen müssen. Ich habe meine Schwester gefragt. Sie ist Lehrerin an einem Standort mit 400 bis 500 Kindern. Sie hat mir bestätigt, ja es kommt auf den Schulaufbau an. Es kann okay sein mit so vielen Kindern, aber es sei sehr anonym. Schon mit 500 Kindern ist es sehr anonym, und wir reden von anderen Zahlen hier. Man kennt die Lehrerschaft nicht mehr, und wir reden dann nicht mehr von schönen idyllischen Schulhäusern, die wir vielleicht noch gehabt haben. Das ist dann eine Maschinerie, in der man sich nicht mehr kennt und nur arbeitet. Wollen wir das hier in Lenzburg? Wir wollen ja auch eine gute Arbeitgeberin sein für die Lehrpersonen und gutes Personal finden. Ich weiss nicht, ob die Freude haben an so grossen Schulen, welche unpersönlich sind, um dort zu arbeiten. Was ich noch wichtig finde, es wurden Lehrpersonen gefragt, was sie von den Standorten halten. Sie haben gesagt, sie können mit der Wilmatte oder der Schützenmatte leben. Ihnen sei viel wichtiger, dass sie eine Planungssicherheit haben und wissen, wie sie in Zukunft planen können. Ich finde wir sollten der Verwaltung und der Schule die Möglichkeit geben, effizient ohne Hürden und Umwege vorwärts arbeiten zu können. Sonst verlieren wir Geld und Zeit. Ich finde es nicht überstürzt, sondern fundiert. Deswegen sind wir von der Fraktion gegen den Änderungsantrag und für die Vorlage, wie sie uns vorliegt. Danke schön.

Manuel Egli (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, wir sind grundsätzlich gespalten beim Änderungsantrag, was man aber sagen kann, wir sind per se skeptisch, ob das etwas bringt. Wir müssen uns bewusst sein, das Wachstum der Schülerzahlen wird kommen. Wir sind schon heute an der Grenze. Die Zahlen aus der Schulraumprognose sagen uns jetzt im aktuellen Szenario, dass wir bis 2035 vier zusätzliche Kindergärten, 16 Primarschulen, 15 Oberstufenschulklassen brauchen und dazu – einfach nicht zu vergessen – sechs zusätzliche Turnhallen. Wir sind wirklich schon heute an der Kapazitätsgrenze. Die Entwicklung läuft, und handeln müssen wir jetzt. Wir sind skeptisch, dass jetzt eine weitere Analyse zu einem völlig neuen Schluss kommen würde. Ganz wichtig, und das ist auch Teil des Änderungsantrags, ist das Thema Verdichten. Das ist für uns keine Lösung. Wir haben es jetzt auch wieder von Sigrid und ihrer Schwester gehört, diese Zahlen, der Stadtrat redet von 750 Schülerinnen und Schülern, das ist doch gigantisch. Ich persönlich war in einer Oberstufenschule mit sagenhaften, glaube ich, 200 Schülerinnen und Schülern. Das war perfekt, schön familiär, dass das ein bisschen eine Luxusvariante ist, das ist mir bewusst, und ich bin sehr

glücklich über das Privileg. Ich kann mir das nicht vorstellen. 750 Schülerinnen und Schüler auf einem Areal ist eine gigantische Zahl. Für mich ist völlig klar, dass es durch die Anonymität auch Konfliktpotential gibt. Ob wir nun von 600 oder 800 Kindern reden, spielt gar nicht so eine grosse Rolle, die Zahl ist so oder so gigantisch. Für uns ist deshalb klar, dass ein dritter Standort kommen wird. Wir kommen nicht darum herum. Wir haben noch andere Probleme zu lösen, es sind nicht nur die Schülerzahlen. Wir haben die Tagesstrukturen, die HPS und eben auch Turnhallen, die fehlen. Ich weiss nicht, wie wir mit Verdichten hier irgendwie vorwärtskommen sollten in diesem ganzen Thema. Ganz grundsätzlich, die GLP unterstützt den Standort Schützenmatte. Wir empfinden diesen als den richtigen. Bezüglich des Änderungsantrags sind wir gespalten, wir haben die Sorge, dass das Geschäft heute abgelehnt wird, und das wollen wir nicht. Das ist der Grund, weshalb ein Teil der Fraktion diesen Antrag vermutlich unterstützen wird.

Christoph Nyfel (FDP): Geschätzte Damen und Herren, es steht und fällt mit der Entwicklung der Schülerzahlen. Man kann es schlecht sehen, aber die blaue Linie von Wüst und Partner auf dieser aktuellen Grafik zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen in der Schweiz, abnehmend ab 2025 [Christoph Nyfel zeigt eine Grafik]. Man kann die Zahl der Schülerentwicklungen nachlesen beim Schweizerischen Dachverband der Lehrpersonen. Wir haben eine Steigerung von 8,4 % auf der Primarstufe und 11,4 % auf der Sekundarstufe I in den Jahren 2022 bis 2031. Das ist deckungsgleich mit dieser Kurve hier. Wir haben vor knapp zwei Jahren die Methodik der spezifischen Studien von Wüst und Partner in Frage gestellt. Francis hat es erwähnt, man kann es im Protokoll nachlesen, was ich dazu gesagt habe. Die Entwicklung in Lenzburg ist diametral ganz unterschiedlich gegenüber dem Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer oder gegenüber der generellen Studie. Ich komme nun dazu weshalb. Vorhin wurde uns vorgeworfen, anscheinend von der GPFK, aber vielleicht war es auch ein persönliches Votum, dass wir mit Gefühlen oder persönlichen Interessen argumentieren. Wenn man die Methodik der Wüst und Partner Studien anschaut, welche für Lenzburg verwendet wurden, das wurde in der Vorlage 2024 wunderbar aufgeführt, dann haben wir folgende Methodik: Bevölkerungsentwicklung nach Alter historisch gesehen. Wir wissen, was in Lenzburg gebaut wurde und wie schnell wir von 7'500 auf knapp 11'000 Einwohner gewachsen sind. Wir haben die Schülerzahlen der Regionalschule Lenzburg in der Methodik drin, die Analyse der Demografie, Geburten, Todesfälle und Altersdurchschnitt in Lenzburg, und wir haben natürlich noch die Bautätigkeit resp. die BNO-Revision, welche verdichtetes Bauen zulässt. Ich nehme auch hier die Grafik hervor, es wurde explizit in Frage gestellt, dass die Vielzahl von 25 bis 35-jährigen eine Indikation sein soll, dass wir in ein paar Jahren mehr Schüler haben werden. Es sind Gebiete im Lenz oder in der Widmi, wo wir 1,5, 2,5 oder 3,5-Zimmerwohnungen haben, in denen innerhalb vom 24 Monaten viele Mieterwechsel stattfinden von jungen Menschen zu anderen jungen Menschen. Wieso in Gottesnamen soll Lenzburg 2034 55 % mehr Oberstufenschüler haben als heute? Sämtliche Studien des Kantons, der Lehrerverbände von Wüst und Partner oder die Studie der Geburtenrate gehen nicht von einer leicht veränderten, sondern von einer diametral anderen Ausgangslage aus. Woher kommen also diese Kinder? Ja, wir haben ein grosses Entwicklungsgebiet in den nächsten zehn Jahren, das Artoz-Areal. Aber anscheinend sollen da auch 1,5 bis 3,5-Zimmerwohnungen gebaut werden. Also wenn ihr diesem Änderungsantrag nicht zustimmen und stur an einem Standort festhalten wollt, ohne zu verifizieren, ob die Schülerzahlen korrekt sind und wir allenfalls mit einer leichten Verdichtung eine bessere Ausgangslage hätten, dann stelle ich mir die Frage, sind wir im Einwohnerrat der Aufgabe gewachsen, das Steuergeld unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger korrekt einzusetzen. Dann noch eine Schlussbemerkung. Dies kommt aus der Fraktion in diesem Raum, welche am meisten schulpflichtige Kinder hat. Danke.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder aus beiden Räten, liebe Gäste. Ich trage zum Änderungsantrag das Votum der Mitte vor. Ich nehme auf, was auch du Manuel gesagt hast, nämlich eine gewisse Angst. Die Mitte-Fraktion wird den Änderungsantrag der FDP einstimmig ablehnen. Weshalb? Wir geben noch einmal Geld aus für eine Prognose, mit der wir nicht mehr oder weniger Gewissheit haben. Man kann die Gewissheit nicht kaufen. Wir alle wissen, wir müssen Entscheidungen fällen mit unsicheren Vorgaben. Das ist ein Teil unseres Lebens, vor allem, wenn es um die Zukunft geht. Natürlich kennen wir die Schülerzahlen jetzt schon, wir wissen auch, dass Gebiete eingezont wurden und Lenzburg wachsen wird. Wir sind aber jetzt schon an der Grenze, vor allem mit dem Schulraum oder Turnhallen. Mit einer leichten Verdichtung, wie du Christoph sie aufzeigst, ist es einfach nicht möglich, vor allem wenn es um Turnhallen geht. Unsere Kinder gehen heute um 7 Uhr morgens ins Turnen, das sind Realitäten, die wir haben. Wir finden es überrissen, noch einmal mehr als CHF 30'000 auszugeben, um nochmal Zahlen zu erhalten und zu prüfen. Wir finden man kann das Ablehnen und den Antrag annehmen. Das wird die Mitte-Fraktion tun. Danke.

Thomas Schaer (SP): Geschätzte Anwesende, ich spreche gerade im ersten Teil für mich. Ich bin selbst hin- und hergerissen. Einerseits muss ich Corin Recht geben, ich finde es sehr schade, dass es dem Stadtrat nicht gelungen ist, eine Vorlage zu erstellen, hinter der wir alle stehen können, und diese mit Rückhalt an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch ich bin von verschiedenen Personen angesprochen worden, was der Stadt in den Sinn käme, da eine Schule zu bauen. Damit möchte ich nicht sagen, dass es der falsche Ort sei oder das falsche Vorgehen, eine Entscheidung zu treffen. Das Vorgehen der Kommunikation war falsch. Es war mangelhaft, und es wäre wirklich mein Wunsch zu versuchen, die Leute abzuholen. Auch der Saal hier wird nicht komplett abgeholt, und deshalb bin ich betreffend den Änderungsantrag hin und her gerissen. Ich danke dir, Francis, für den Änderungsantrag. Obwohl, wenn ich ehrlich bin, finde ich ihn schlecht, aber ich bin dankbar dafür, weil du versuchst, eine Brücke zu bauen. Wir sind erst am Anfang dieser ganzen Debatte zur Schulraumplanung. Es wird nur noch komplizierter. Wenn wir hier knappe Entscheidungen treffen, oder wenn es Entscheidungen gibt, bei denen ganze Parteien komplett dagegen sind und andere dafür, ist das eine sehr schlechte Ausgangslage, die wir schaffen. Das ist, weshalb ich hin und her gerissen bin, wie ich mit diesem Änderungsantrag umgehen soll. Wir hatten eine Planungskommission, die viele Sitzungen hatte und genau das diskutierte. Die FDP stellte das Präsidium, und ich finde es merkwürdig, dass dies wieder in den Änderungsantrag aufgenommen wird. Das ist aus meiner Sicht unnötig. Wenn ich meinen Vorrednerinnen und Vorredner zuhöre, müsste man der ursprünglichen Vorlage zustimmen, denn es hat noch einen zweiten Teil drin. Es geht um die Provisorien. Wenn wir jetzt einem Änderungsantrag zustimmen, der noch einmal hinterfragt, ob nicht auch verdichtet werden kann, fällt die Planung dieser Provisorien weg. Man kann nicht Provisorien planen, wenn man die Hauptplanung nicht kennt. Dann verbaut man sich das Ganze. Die Ausführungen über die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen kann ich absolut nachvollziehen, ich habe genau die gleichen Fragezeichen gehabt, als sie hier präsentiert wurden. Die Korrektur, die stattgefunden hat, kam aus der Planungskommission. Aber irgendwann müssen wir die Zahlen annehmen und mit diesen arbeiten. Ich finde es sehr gut, wenn wir plausibilisierter dahinter gehen. Aber trotzdem müssen wir klar in eine Richtung gehen, in der wir die Umsetzung hinbringen und nicht nochmal rauszögern, Geld investieren und vor allem eine Planung verunmöglichen, indem man versucht zu verdichten. Dann klappt es doch nicht, und Provisorien sind nicht da, es wurde vorhin erwähnt, der Schulraum, vor allem die Turnhallen, werden gebraucht. Da können wir nicht länger zuwarten. Deshalb danke einerseits für den Antrag, ich werde ihn trotzdem ablehnen, und ich bitte möglichst viele im

Einwohnerrat, der ursprünglichen Vorlage zuzustimmen, sodass wir geeint als Lenzburg die Schulraumplanung angehen und einen Entscheid fassen können, der ganz Lenzburg zu gut kommt.
Danke.

Francis Kuhlen (FDP): Ich habe noch eine Frage. In der Vorbereitung für meinen Änderungsantrag hatte ich Kontakt mit dem Stadtrat, und dort hiess es, dass die Schülerzahlen überprüft werden. Jetzt nimmt mich Wunder, wenn die jetzt wieder 25 % tiefer sind, was der Stadtrat dann macht, denn dann ist die ganze Planung umsonst gemacht worden. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich denke wir machen eine zehnminütige Pause.

[Der Ratsbetrieb wird für zehn Minuten unterbrochen.]

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat, der Änderungsantrag liegt vor, und es kristallisiert heraus, dass bezüglich Schülerzahlen, Zahlenerhebung und Bevölkerungsentwicklung ein Graben entsteht. Gewisse Zweifel sind auf beiden Seiten vorhanden. Die einen zweifeln an den Zahlen von Wüst und Partner, und die anderen zweifeln daran, dass sich Änderungen ergeben werden. Der Stadtrat hat sich an der Stadtratssitzung vom letzten Mittwoch noch einmal intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt und ist dort zum Schluss gekommen, dass man den Änderungsantrag von Seiten des Stadtrats unterstützt und bereit ist, den so entgegenzunehmen. Es ist in dieser Situation, in der wir jetzt stehen ein Türöffner, dass man den Fächer nochmal kurz öffnen kann, bevor es einen absolut definitiven Entscheid gibt. Obwohl ich sagen muss, der Stadtrat ist der Meinung, dass die Abklärungen im Vorfeld seriös gemacht wurden. Trotzdem, es wurde mehrfach gesagt, es ist ein komplexes Geschäft. Die Schulraumplanung ist wie es Corin Ballhaus gesagt hat, nicht nur in Lenzburg ein Mysterium. Es ist an vielen Orten so, und die Zahlen werden an vielen Orten in Frage gestellt. Deshalb tut sich der Stadtrat nicht schwer mit diesem Änderungsantrag, sondern ist bereit diesen zu unterstützen.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich würde noch etwas ergänzen, aus der Optik Immobilien und Finanzen. Wir sehen einen Vorteil, wenn man den Änderungsantrag überweisen würde, dass der Stadtrat noch einmal die Möglichkeit bekommt, aufzuzeigen, welche Investitionen ohnehin anfallen würden, auch an bestehenden Schulstandorten. Wo haben wir Infrastruktur, in die wir so oder so investieren müssen in der nächsten Zeit. Wir haben auf dem Lenzhard Areal Pavillon-Bauten, welche irgendwann sanierungsbedürftig sind. Wenn wir sagen, wir wollen verdichten, hat das vielleicht auch zur Konsequenz, dass wir Schulraum, der vielleicht noch über mehrere Jahre genutzt werden kann, frühzeitig ersetzen müssen. Auch das hat wieder negative finanzielle Konsequenzen. Gleichzeitig wollen wir aber auch aufzeigen, was wirklich die Ausgangssituation in der Schützenmatte mit der bestehenden Reithalle und der Mehrzweckhalle ist. Wir haben in der Zwischenzeit auch Gutachten erhalten, was die beiden Hallen anbelangt, welche Konsequenzen es gibt, wenn wir diese Hallen – so wie sie heute sind – langfristig weiterbetreiben wollen. In diesem Zusammenhang können wir nochmal Klarheit schaffen und dem Einwohnerrat eine bessere Entscheidungsgrundlage geben.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wurde mit 17 Nein-Stimmen zu 15 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Claudia Casanova (Die Mitte): Sehr verehrte Damen und Herren von beiden Räten, wir haben gehört, dass das Thema Schülerzahlen bei uns zu grossen Verunsicherungen geführt hat. Es gibt noch andere Faktoren, die viel Unsicherheit auslösen. Wir haben das Thema HPS, welche in der Vorlage des Stadtrats in die Schützenmatte verlagert werden soll. Liebe Damen und Herren, das ist ein No-Go, man kann das nicht einfach schon festschreiben. Ich möchte daran erinnern, wir haben die UNO-BRK ratifiziert, in der Schweiz 2014. In dieser steht drin, dass wir eigentlich keine Sonderschulen mehr haben dürfen. Es ist klar, dass wir das nicht einfach vom einen auf den nächsten Moment abschaffen können, und es ist auch klar, dass es wahrscheinlich immer irgendwo besondere Bedürfnisse brauchen wird. Aber in dem Dokument, welches der Stadtrat uns vorlegt, steht drin «HPS im Jahr 2035 als Komplettschule». Ich möchte appellieren, dass wir uns von dieser Idee verabschieden. Denn die Zukunft ist die, dass es vielleicht Förderklassen gibt, es vielleicht HPS-Klassen gibt aber, dass die Durchlässigkeit zwischen Regel- und Sonderschule gewährleistet ist, dass Synergien zwischen Fachlehrpersonen, Logopäden, Assistenzpersonen von verschiedenen Klassen genutzt werden können. Da hilft es nicht, wenn eine HPS oben in der Schützenmatte ist und die Primarschule im Angelrain. Ich sehe einfach dort das grösste Problem. Natürlich ist die HPS froh, wenn sie mit ihren Bussen dort hinfahren können, und es kann auch sein, dass die HPS selbst gerne auf der Schützenmatte sein möchte, und das ist ein anderes Problem, die Institutionen, die Sonderschulen, die wollen immer noch Separation, weil es auch um ihre Stellen geht. Ich weiss, das ist ein kantonales Problem. Das wird sicher auch noch im Grossen Rat diskutiert, und es wird ein Schulgesetz geben. Wir haben von der Regierungsrätin jetzt das Konzept der Förderklassen, das ausgearbeitet wird, das wird auch erst in einem Jahr kommen. Wir wissen alle noch nicht, wie sich das Auswirken wird. Es wird wahrscheinlich ein neues Betriebskonzept geben müssen für die Regionalschule Lenzburg, und ich bitte euch, all diese Aspekte aufzunehmen und nicht mehr von einer HPS als Komplettschule an einem anderen Standort wie die anderen Schülerinnen und Schüler auszugehen. Danke schön.

Stadträtin Barbara Portmann: Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Claudia, ich würde gerne gerade auf die Thematik ganz kurz reagieren. Wir sind im intensiven Gespräch auf verschiedener Stufe genau um diese Fragestellungen, und wir sind sehr bemüht, erstens einmal an der Regionalschule, an der Volksschule, ein klassisches integratives Modell zu führen. Wir fordern das ein. Wir haben wenige Kinder, die keinen Platz finden an einer Sonderschule. Sondern wir schaffen es, entweder für die Kinder mit extrem erhöhtem Bedarf einen Platz zu finden oder sie bei uns integrativ zu beschulen. Die HPS ist ein Gewinn. Wir sind daran, die pädagogischen Konzepte aufeinander abzustimmen. Wir haben die behindertenspezifische Beratung, die sehr stark genutzt wird von der Regelschule, um eben genau miteinander zu schauen, wie man das Kind bestmöglich fördern kann. Es ist nicht unsere Absicht, falls das zu wenig herausgekommen ist in der Vorlage, tut uns das leid, die HPS einfach irgendwo hinzutun ohne Einbettung. Das Gegenteil ist der Fall. Das Votum kommt uns entgegen. Wir wissen heute nicht, wie die Gesetzgebung sein wird. Wir brauchen natürlich gewisse Planungssicherheit und sind in Gesprächen mit dem Kanton, auch was die Thematik mit der Förderklasse betrifft, da besteht im Moment noch extrem viel Unsicherheit. Es steht auf der Traktandenliste von unserem Jahresgespräch mit dem Kanton, Abteilung SHW. Das sind dort immer noch zwei unterschiedliche Abteilungen, die Finanzierung funktioniert komplett unterschiedlich. Wir probieren aber im Alltag, die Grenzen möglichst zu überwinden, und wir lernen voneinander. Ein kleines Beispiel, der Bündner-Standard, die Grenzüberschreitung, wie man mit solchen umgeht, um das Personal und die Schülerinnen und Schüler zu schützen. Da hat die HPS einen Input machen können bei der Regelschule, der sehr dankbar aufgenommen worden ist. Also wir versuchen wirklich, möglichst vorwärtszugehen, aber wir können uns sicher noch verbessern, das ist uns bewusst. Es ist die

Absicht, dass die HPS sicher nah ist an einer Primarschule, und wir werden aber der verkehrlichen Situation Rechnung tragen müssen. Der Anspruch des Kantons, der Auftraggeber im HPS-Bereich ist, in diesem System wie es heute ist, ist, dass wir mehr Kinder haben werden, die auf Mobilitätsunterstützung angewiesen sind. Wir werden mehr spezielle Einrichtungen brauchen, als wir sie heute zur Verfügung stellen können. Das ist halt die allgemeine Tendenz, es braucht trotzdem noch spezielle Plätze für Kinder im Rollstuhl etc. Wir probieren aber, dies möglichst gut integrativ zu machen und einfach mehr Projekte gemeinsam umzusetzen. Aber wir nehmen das gerne mit, dass wir sicher daran denken, und ich komme gerne auch auf dich zu, wenn sich das konkretisiert, dann können wir schauen, dass wir sicher bestmöglich die Themen mitnehmen.

Eric Scherer (SVP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder der beiden Räte, liebe Presse, liebe Gäste, ich möchte mich kurzhalten. Ein paar Aussagen, trotz allem zu den Fakten. Ich bin in einem ähnlich grossen Dorf oder Stadt wie Lenzburg zur Schule gegangen. Wir waren auf dem Schulareal rund 2'000 Leute, und ich habe mich immer sehr heimelig dort gefühlt. Die Aussagen zur Anzahl Schülerinnen und Schüler kann ich persönlich nicht nachvollziehen. Mein grosses Problem ist, wir sind hier uneins, und ich bin der Meinung, wir dürfen so ein Geschäft nicht mit so einer grossen Uneinigkeit hier angehen. Ich bin auch der Meinung, wir sind uneins, weil die Vorlage einfach mangelhaft ist oder mit zu vielen Mängeln behaftet. Ich habe versucht herauszukriegen, was eigentlich die Geisteshaltung dieser Vorlage ist. Die Firma Gruner ist ein Bauplaner, Wüst und Partner kenne ich bestens, da kenne ich die ganze Geschäftsleitung persönlich und weiss genau, was die machen. Das sind eher so Bauexperten, die sind nicht konkret, die machen irgendwelche Zahlen und verkaufen das teuer. Aber man redet hier auch von einem pädagogischen Konzept, man redet von der Frage, wie wir Leute anstellen, wie wir sonstige Sachen machen. Mir persönlich sind viel zu viele Punkte offen im Moment. Ich möchte mich damit auch nicht zu dem Standort äussern, ich habe da gar keine Meinung zu, ich bin da auch gar nicht in der Lage zu, weil mir einfach die Grundlagen für die Entscheidung fehlen. Ich sage es ganz ehrlich, ich habe mir die Nutzwertanalysen angeschaut. Es ist ein bisschen mein Beruf, mich mit Nutzwertanalysen herumzuschlagen. Ich habe selten eine gesehen, die so oberflächlich ist und so schlecht nachvollziehbar. Ich sage es auch so, sie haben diese wunderbaren Spinnendiagramme. Wenn mir in meiner Entscheidungsposition solche Spinnendiagramme vorgelegt werden, oder wenn ich die meinen Auftraggebern vorlegen würde, würden die das sofort zurückweisen, denn die sagen einfach, von der Morphologie sind die nicht entscheidungsfähig. Dementsprechend ist meine Bitte, finden wir einen Weg, dieses Geschäft hier gründlich zu machen und gemeinsam. Ich bin absolut überzeugt, dass wir die drei Monate, die wir hier vielleicht auf dem Papier verlieren, nachher nicht verlieren. Ich weiss nicht, wer noch im Rat sein wird und ob ich noch dabei sein werde, aber wenn ich dabei bin, möchte ich nicht mit euch hier die nächsten vier Jahre Fingerpointing machen wegen Schulen. Danke.

Stadträtin Barbara Portmann: Ich werde noch kurz reagieren auf das Thema pädagogisches Konzept. Das befindet sich schulseitig in intensiverer Erarbeitung. Wir brauchen aber für das auch Sicherheit, wie es weitergehen soll. Es war der Plan, dass parallel gearbeitet wird und dass man es dann entsprechend verfeinern kann. Wir lassen uns auch inspirieren von europaweit bekannten Persönlichkeiten im Bereich, wie man künftig unterrichten kann. Wir probieren wirklich auch, weit-sichtig zu handeln und nicht einfach in den Standard von den Excel-Tabellen des Kantons zu fallen bei der Weiterentwicklung des Unterrichts. Da sind wir dran. Diese Varianten sind am Entstehen auch unter Einbezug der Lehrpersonen. Bei den nächsten Vorlagen, die wir bringen werden, werden wir sicher auch dort vertiefere Unterlagen beilegen können. Danke.

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Anwesende von beiden Räten, Presse und Gäste, ich stehe ohne iPad-Notizen hier, ich habe nicht vorgehabt, heute einmal aufzustehen. Wir wissen, nur noch wenige Leute werden am Sonntag ins Rathaus gehen und ein Wahlcouvert einwerfen. Es spielt also für den Wahlkampf keine Rolle, was wir heute Abend sagen. Deshalb dürfen wir auch spontan die Meinung wechseln. Meine Fraktion und auch Andi weiss, dass ich persönlich ein grosser Gegner dieser Vorlage bin. Das hat verschiedene Gründe und darauf werde ich nicht eingehen. Mich bedrückt gerade etwas anderes, und da schaue ich vor allem meine Fraktion und die SVP an. Seien wir ehrlich, auch wenn wir das jetzt zurückweisen und die Erwartungshaltung haben, eine neue Vorlage zu erhalten. Wer hier drin glaubt wirklich fest daran, dass wir eine qualitativ bessere Vorlage haben werden? Wer glaubt daran, dass der Stadtrat in so kurzer Zeit fähig ist, genauere Angaben machen zu können? Ich persönlich nicht, das ist kein Misstrauensvotum an den Stadtrat, versteht mich nicht falsch. Aber andere Geschäfte haben gezeigt, wenn wir auf Zeit spielen, gewinnen wir nichts. Ich vertraue den Zahlen auch nicht. Wir haben das Votum von Janine gehört, ich habe auch mit anderen Lehrpersonen gesprochen, auch von der bürgerlichen Seite, und ich möchte einfach die Zeit nicht verlieren. Darum bitte ich meine bürgerlichen Kollegen, ein bisschen Einigkeit zu zeigen. Stimmen wir dieser Vorlage und beiden Anträgen zu. Ich glaube wirklich nicht, dass es besser wird, wenn wir es nochmal herauschieben. Ich glaube auch nicht, dass wir sparen, wenn wir es herauschieben. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gibt es weitere Voten? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

Der Antrag 1 der Einwohnerrat möge den Verpflichtungskredit von CHF 246'000 für die Bauherrenunterstützung bewilligen wird mit 27 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der Antrag 2 der Einwohnerrat möge für die Planung der Container-Erweiterung und des Sporthallenprovisoriums im Schulhaus Lenzhard den Planungs- und Verpflichtungskredit von CHF 493'000 bewilligen wird mit 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Stadtkammann Daniel Mosimann: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Stadtrats möchte ich mich ganz herzlich bedanken, erstens für die Diskussion, die jetzt stattgefunden hat und zweitens auch für das Abstimmungsresultat. Das gibt dem Stadtrat die Möglichkeit, weiterzuarbeiten. Der Stadtrat ist wirklich dankbar dafür, dass wir nicht auf Feld 1 oder 2 zurückgeworfen werden. Wie vorhin schon gesagt, das Mysterium Schulraumplanung wird uns noch lange beschäftigen, hier im Einwohnerrat wie auch die Stimmbevölkerung. Der Stadtrat will bereit sein, wenn es einen dritten Schulstandort braucht. Wir wollen wissen, wo das sein wird und wie der ausgestaltet werden muss. Ich verstehe das Unbehagen, wir haben eine Planung und eine Vorlage mit vielen Unsicherheiten. Der Stadtrat wird aber bemüht sein, je weiter man fortschreitet dieses Unbehagen auszuräumen und präziser zu werden. Das ist der Anspruch, welcher der Stadtrat hat, und dazu haben wir den ersten Schritt gemacht. Wir sind dem Einwohnerrat sehr dankbar dafür. Vielen Dank.

7 (25/180) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekanten Augustin Keller-Strasse, Kreditabrechnung

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zum nächsten Traktandum Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekanten Augustin Keller-Strasse, Kreditabrechnung.

Rudolf Baumann (SVP): Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder und Gäste, Anja Kroll und ich haben die Rechnung, die Konten geprüft und die vorhandenen Rapporte angeschaut. Für einmal hatte es viele Baumeisterrapporte dabei, welche wir anschauten und uns ein Bild von der gemachten Arbeit machen konnten. Alle Konten sind richtig verbucht und abgerechnet worden. Ich habe mir auch noch die Mühe gemacht, die Baustelle noch einmal anzuschauen. Ich reklamiere ja auch wenn es nicht gut ist. Ich muss aber sagen, mit dem Produkt bin ich zufrieden. Der Voranschlag lautet auf CHF 180'000. Abgerechnet haben wir CHF 131'010.05 oder 27,27 % unter dem Kostenvoranschlag. Das ist für uns gut, und das freut uns. Zu erwähnen ist auch noch, dass auf dieser Baustelle alle Anwohnenden zufrieden gewesen sind mit der Kommunikation. Es hat alles sehr gut geklappt, und es hat keine Reklamationen gegeben. Die GPFK hat die Rechnung einstimmig angenommen, ebenfalls die Fraktion der SVP.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann kommen wir zur Abstimmung.

Die Kreditabrechnung wird einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Traktandum 8.

8 (25/179) Schriftliche Anfrage; Corin Ballhaus; SVP; Schutzstatus S; Beantwortung des Stadtrats

Der Stadtrat erstattet diese Antwort:

Die meisten der ukrainischen Personen mit Schutzstatus S sind im ehemaligen Hotel Lenzburg untergebracht. Zudem hat die Stadt drei Wohnungen angemietet, und einige wenige Personen logieren noch bei Privatpersonen. Das mittlerweile mehrjährige Zusammenleben in einer gemeinschaftlichen Wohnform, wie im ehemaligen Hotel, ist immer wieder herausfordernd für die Bewohnenden und benötigt Betreuung vor Ort. Diese Betreuung stellt der Sozialdienst mit einer Tagesbetreuung sicher. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner meistern den Alltag unter diesen Umständen sehr gut, sind dankbar, kooperationsbereit und freundlich. Wenige Ausnahmen binden jedoch viele Zeitressourcen und brauchen Nerven bei der Betreuung (siehe Beantwortung der Frage 2).

Eine immer grösser werdende Herausforderung ist die Suche nach bezahlbaren Wohnungen. Die Verfügbarkeit ist sehr gering, egal ob für Grossfamilien oder Einzelpersonen. Sozialhilfebeziehende wie auch Familien, welche sich knapp von der wirtschaftlichen Sozialhilfe ablösen können, haben ein Budget, welches die Mieten der momentan auf dem Markt verfügbaren Wohnungen nicht zulässt.

Somit hat die Stadt mit dem ehemaligen Hotel Lenzburg eine gute Lösung für die schutzbedürftigen Personen mit Status S gefunden. Dies im Gegensatz zu einer Lösung mit Anmietung von Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt.

Die Stadt erfüllt die Aufnahmepflicht im Asylwesen (Stichtag 1. Oktober 2025) von 118 Personen, mit einem Bestand von 149 Personen wohnhaft in Lenzburg (Status S und F VA). Davon werden 104 Personen dem Bestand der Gemeinde angerechnet und 45 Personen im Rahmen der kantonalen Unterkunft.

I. Beantwortung der Fragen

Zur Frage 1: Wie viele Personen mit Schutzstatus S beherbergt und betreut Lenzburg aktuell (Anzahl Erwachsene/Kinder)?

Personen Status S Hotel Lenzburg / 3 Wohnungen								
Alter	von	bis	Anzahl	Anteil	In Ausbildung	Teilunterstützung	Volle Unterstützung	Keine Unterstützung
Minderjährig bis 18 Jahre	0	18	17	31%	1		14	2
Junge Erwachsene 19 bis 25 Jahre	19	25	4	7%	3		1	
Erwachsene 26 bis 65 Jahre	26	64	30	55%		4	13	13
Alter als 66 Jahre	65	100	4	7%		4		
Total Status S			55	100%				

Stand 1.10.2025

Personen Status S Privatunterbringung								
Alter	von	bis	Anzahl	Anteil	In Ausbildung	Teilunterstützung	Volle Unterstützung	Keine Unterstützung
Minderjährig bis 18 Jahre	0	18	10	18%		2	3	5
Junge Erwachsene 19 bis 25 Jahre	19	25	1	2%				1
Erwachsene 26 bis 65 Jahre	26	64	17	31%		1	4	12
Alter als 66 Jahre	65	100	4	7%		3		1
Total Status S			32	100%				

Stand 1.10.2025

Legende:

- In Ausbildung: Personen in Erstausbildung mit ergänzender Asylsozialhilfe.
- Teilunterstützung: erwerbstätige Personen mit Lohn und ergänzender Asylsozialhilfe.
- Volle Unterstützung: Personen mit Asylsozialhilfe.
- Keine Unterstützung: erwerbstätige Personen mit Lohn, ohne Asylsozialhilfe.

Zur Frage 2: Was sind dabei die grössten Herausforderungen?

Eine grosse Herausforderung liegt im Zusammenleben innerhalb der beiden kommunalen Kollektivunterkünfte (ehemals Hotel Lenzburg und den zwei Wohnungen Aavorstadt 24). Da mehrere Personen und Familien auf engem Raum zusammenleben, entstehen immer wieder Konflikte, die das tägliche Miteinander erschweren. Diese Konflikte ähneln Nachbarschaftsstreitigkeiten, können aber aufgrund der räumlichen Nähe und der unterschiedlichen Lebensgewohnheiten stärker zum Tragen kommen. Hinzu kommt, dass einzelne Personen bereits seit drei Jahren in denselben Unterkünften leben. Dies führt zu Unzufriedenheit, da es an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten fehlt. Erschwerend ist, dass sich nicht alle konsequent an die Regeln halten. Der Sozialdienst kann bei solchen Konflikten intervenieren, indem er regelmässig auf ein respektvolles und friedliches Miteinander verweist. Er greift aber nur dann aktiv ein, wenn gegen Hausregeln oder Entscheide verstossen wird. In den meisten Fällen gelingt es den Bewohnerinnen und Bewohnern jedoch, ihre Konflikte eigenständig zu lösen oder sich aus dem Weg zu gehen. Eine weitere Herausforderung stellt die berufliche und sprachliche Integration dar, welche vom Kanton Aargau über die Integrationsagenda Schweiz (IAS) finanziert wird. Die Aufgabe der Fallführung besteht darin, die Personen bis zum Erreichen des Sprachniveaus A2 zu begleiten. Anschliessend übernehmen Institutionen wie das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV), HEKS und andere die weitere berufliche Integration. Einige Personen sind allerdings etwas unzufrieden und wünschen

sich eine direktere, umfassendere Unterstützung. Der Sozialdienst sieht sich in der Rolle als Bindeglied, das die Betroffenen an die zuständigen Fachstellen weiterleitet.

Zur Frage 3: Letzthin wurde eine grössere Gruppe bei der Unterkunft von einem Bus mit ausländischem Kennzeichen abgeholt. Dem Gepäck nach zu urteilen, sah es nach einer definitiven Abreise aus. Wie viele Abgänge/Zugänge waren in den drei Jahren zu verzeichnen? Wie hoch waren die Anteile an Umpplatzierungen und an definitiven Ausreisen?

Die aktuelle Personenzahl ist sehr stabil.

Ausreise/ Wegzug		
Ausreise Ukraine		20
Wegzug Europa		2
Wegzug AG/CH Selbständigkeit		3
Wegzug Unbekannt		2

Zur Frage 4: Melden sich die Personen, die in ihre Heimat zurückkehren, jeweils ordentlich ab und unterzeichnen sie die erforderliche Verzichtserklärung auf den Schutzstatus S?

Ja, die Rückkehr in die Heimat verläuft grundsätzlich ordentlich ab. Personen, die eine Aus- oder Rückreise planen, informieren den Sozialdienst direkt, und sie werden auf das Verfahren hingewiesen, auch wenn ihnen dieses meist bereits bekannt ist. Bisher haben sich alle betroffenen Personen ordnungsgemäss bei der Einwohnerkontrolle abgemeldet und die vorgeschriebene Verzichtserklärung auf den Schutzstatus S unterschrieben. Einige nehmen auch die Rückkehrberatung in Aarau in Anspruch.

Zur Frage 5: Wie viele der aktuell in Lenzburg untergebrachten Erwachsenen sind erwerbstätig?

Siehe Tabelle Frage 1

Zur Frage 6: Wie sind die Konditionen des Mietvertrags für das ehemalige Hotel Lenzburg? Auf welche Frist steht es noch zur Verfügung?

Die Stadt Lenzburg hat gute Mietkonditionen erhalten. Mit der bisherigen Auslastung konnten die Kosten durch den Kanton gedeckt werden. Problematisch sind die Nebenkosten, welche durch den sanierungsbedürftigen Zustand des Gebäudes jeweils sehr hoch ausfallen. Der Mietvertrag ist unbefristet.

Aus der Tabelle sind die Kosten ersichtlich:

Liegenschaft	Miete	Strom, Gas, etc	Unterhalt	Total
Aavorstadt 24 (1. OG)	21'360.00	3'013.70	875.90	25'249.60
Aavorstadt 24 (2. OG)	19'800.00	3'075.60	1'032.70	23'908.30
Hotel Lenzburg (ehemals)	84'000.00	81'903.84	8'395.45	174'299.29
	125'160.00	87'993.14	10'304.05	

Zur Frage 7: Welche Kosten im Zusammenhang mit der Beherbergung und Betreuung der Personen mit Schutzstatus S muss die Einwohnergemeinde tragen? In welcher Grössenordnung bewegen sich diese Kosten?

Die Rückvergütungen des Kantons decken die Auslagen im Zusammenhang mit der Beherbergung und dem Lebensunterhalt der Personen mit Schutzstatus S. Dies dank der günstigen Lösung mit der Kollektivunterkunft. Im Jahre 2024 wurden für die Beherbergung und Lebensunterhalt CHF 562'500 aufgewendet und CHF 587'000 wurden vom Kanton im Rahmen der Quartalsabrechnungen zurückvergütet. Die Lohnkosten für die Betreuung und Fallführung im Bereich Schutzstatus S umfassten 2024 CHF 155'350 (CHF 75'650 OR-Anstellung + CHF 79'700 externe Dienstleistung). Dem stehen die Rückvergütungen (Betreuungspauschalen) des Kantons mit CHF 115'300 gegenüber.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Asylwesen in der Funktion 5730 im Rechnungsjahr 2024, einen Nettoaufwand von CHF 18'721 aufweist. Ohne externe Dienstleistungen würde ein Nettoüberschuss resultieren.

Corin Ballhaus (SVP): Ich halte mich kurz. Wir befinden uns am 1375. Tag nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Ich fand es an der Zeit, nach so langer Zeit mal zu hören, wie es um die Ukrainer steht, welche bei uns wohnen. Ich bedanke mich ganz herzlich beim Stadtrat für die sehr detaillierte Beantwortung dieser Anfrage. Ich fand es wichtig, dass wir hier Transparenz haben. Ich hätte einfach noch den Wunsch, dass dieses Thema mit mehr als nur einem Satz im Jahresbericht erwähnt wird. Auch hier wieder das Thema der Kommunikation. Die Leute interessiert den Stand der Dinge. Danke.

9 Umfrage

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Umfrage. Zuerst mit Christoph Nyfeler mit einer dringenden Anfrage.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzte Damen und Herren, aufgrund der jährlich wiederkehrenden und aktuell akuten Situation wende ich mich im Namen diverser Lenzburgerinnen und Lenzburger und der FDP-Fraktion mit einer schriftlichen Anfrage an den Stadtrat. Wie könnte man die Situation bei der Bekämpfung von Einbruchdiebstählen und dem sogenannten «Fällelen» in Lenzburg verbessern? Es geht insbesondere darum, dass sich jeder, der irgendwo in Lenzburg wohnt, bewusst ist,

dass es sinnvoll ist, eine Tür auch abzuschliessen, sei das beim Auto oder beim Haus. Wir hatten allein in den letzten vier Wochen fünf Fälle bei uns in der Nachbarschaft, inklusive dem, was man gross im Blick lesen konnte, wo Autos oder Haustüren geöffnet worden sind, und entsprechend Dinge entwendet wurden. Es ist eine massive Zunahme, und ich denke, da müssen wir in einer Art und Weise die Repol nach bestem Gutdünken unterstützen können, darum ist die schriftliche Anfrage entsprechend platziert. Danke.

Stadtrat Sven Ammann: Christoph, du hast mir die Anfrage schon vorher übermittelt, vielen Dank dafür. Es ist so, die Repol arbeitet mit der Kantonspolizei zusammen. Es gibt diese Karte, die alle Städte und Gemeinden abbildet, und dort fällt Lenzburg nicht sonderlich auf. Von daher, die Fragen, die du uns gestellt hast, können wir schnell und gut beantworten. Was ich mit der Repol abgesprochen habe und gesagt bekam, ist Folgendes: Schliesst eure Autos und Haustüren ab. Stellt keine Leiter neben das Haus. Es sind die kleinen Dinge, die jeder selber schnell kontrollieren kann, ob das richtig gemacht wird. Auch Social-Media Posts über Ferien oder Abwesenheiten sind zu vermeiden. Die Banden schauen, wer wohin geht, und sind dann vor Ort, wenn ihr weg seid. Wir haben das mit der Repol besprochen, sie patrouillieren, aber Lenzburg fällt nicht besonders gross auf. Das kann ich schon mal so sagen. Aber die Repol bedankt sich für die Anfrage, denn wir werden allenfalls auch irgendwann wegen Personal schauen müssen. Danke.

Anja Kroll (Grüne): Ich freue mich, das letzte Mal heute ans Mikrofon zu treten, das letzte Mal für längere Zeit, wenn überhaupt je wieder. Eine Anfrage, die ich aber kurz einleiten möchte, auch noch auf der Meta-Ebene framen. Wir haben heute schon ein paar Mal gehört, was der Stadtrat oder die Verwaltung so auf der Kommunikationsseite noch besser machen kann, und ich muss sagen, ich habe mich auf das Geschäft, zu dem ich gleichkommen werde, heute versucht vorzubereiten, indem ich Protokolle versucht habe durchzugehen, und die sind spät dran zum Teil, wir haben es heute gehört, es gibt abweichende Schreibweisen, was es dann manchmal schwierig macht, sie mit Eigennamen zu finden. Vor allen Dingen, und darauf möchte ich hinaus, ist die Webseite noch nicht optimal. Wir haben es mehrfach erwähnt, Corin nickt, seit der Umstellung auf die neue Webseite hat der Rat ja sein Gedächtnis verloren, und das ist eine ganz klare Benachteiligung vor allen Dingen von denjenigen, die noch nicht seit 20 Jahren hier sind und sowieso alles abgespeichert haben, sondern von Leuten, die das noch nicht so lange machen, die neu dazugekommen sind. Wir können diese Legislaturperiode nachlesen, aber weiter zurück geht das Gedächtnis der Stadt nicht, ausser man geht dann halt zum Stadtschreiber und bittet da um Einsicht. Das geht selbstverständlich, aber das macht niemand so gerne und so häufig. Wir haben in den letzten Tagen und das ist so ein bisschen der Lichtblick, öfter mal auch von Ratsinformationssystemen gehört, wie sie ja in anderen Orten auch eingesetzt werden und das ist meine Bitte, mit der ich hier abschliessen möchte auf der Meta-Ebene. Bitte das Archiv wieder verfügbar machen und bitte vorwärts machen beim Ratsinformationssystem, sodass man, wenn man denn ein Geschäft tracken will, da nicht Stunden zubringt und gar keine Zeit mehr fürs Votum hat. Jetzt kommt die Anfrage, nachdem ihr wisst, warum ich mich echt schwer getan habe mit der Vorbereitung. Es geht um das Tommasini. Wir haben vor ziemlich genau zwei Jahren hier abgestimmt und haben da einen Projektierungskredit gutgeheissen. Im Projektierungskredit wurde uns noch versprochen, dass wir im Dezember 2025 oder im 4. Quartal 2025, die Einweihung feiern können. Marcel nickt, ich weiss, du hast auch ein sehr feuriges Plädoyer gehalten fürs Tommasini. Das ist ja das Schöne am Tommasini, die Unterstützung für dieses Haus geht quer durch alle Fraktionen, und das kann man auch in den Protokollen nachlesen. Sven hat dann vor einem Jahr hier angekündigt, dass er spätestens bei der nächsten Informationsveranstaltung

oder Einwohnerratssitzung im Frühjahr 2025 darüber reden wird, wo man da so steht, und da habe ich jetzt dann nichts mehr dazu in den Protokollen gefunden. Ich habe auch keine Erinnerung, dass da irgendwas zu gesagt worden wäre in keinem der Gremien, in denen ich dabei bin. Er hatte aber vor einem Jahr gesagt, ja es war schwierig, und das glaube ich auch, denn man hat in den Aufgaben- und Finanzplanungen immer so eine gute Million eingestellt, und wenn man dann mal genauer hinguckt, dann ist es klar, dass es mehr wird. Interessanterweise war das allen klar. Als wir die Debatte vor zwei Jahren hatten, hat jemand gesagt, das Haus wird eh nur noch von den Graffitis zusammengehalten, und auch andere haben gesagt, man sieht, dass es das Haus braucht. Wir alle wissen, dass Häuser, die in einem schlechten Zustand sind, und nicht saniert werden, nachher noch teurer zu sanieren sind. Ich möchte also eigentlich noch darauf hinweisen, dass das Planungsgeschäft offensichtlich schon 2024 durch war. Einerseits hat Sven ja gesagt, er hat etwas zu sagen, andererseits konnte man es auch in der Jahresrechnung sehen, dass also zumindest einmal der Kredit, den wir gesprochen haben, aufgebraucht war. Es hat sich dann auch im Aufgaben- und Finanzplan so ein bisschen durchgezogen. Ursprünglich war mal davon die Rede, dass das eben 2025 dann fertig ist. Man sieht dann, dass es sich 2024 schon auf 2025 bis 2027 geschoben hatte, die Ausgaben, über die wir dann noch zu befinden haben oder der Rat, und im diesjährigen AFP ist es dann schon 2027 bis 2029. Das möchte ich jetzt noch einmal festhalten, als wir vor vier Jahren in der Legislatur angefangen haben, ging man davon aus, dass 2025 das Tommasini saniert ist, und im Moment geht man davon aus, dass es 2029 dann vielleicht saniert ist. Vielleicht, weil wir haben ja noch keine Vorlage gehabt und noch nicht abgestimmt, und jetzt kommt die Anfrage. Sven, jetzt musst du zuhören, bitte. Jetzt komme ich zum Thema. Es wäre schade, wenn du das verpasst. Wann kommt die Vorlage in den Einwohnerrat? Ich habe ja, das hast du gesehen, auch mit ein paar Leuten vom Tommasini gesprochen, und die gehen davon aus, dass die in der Frühlingsitzung 2026 kommt. Das wäre der 12. März 2026, und ich bitte dich, das zu bestätigen, respektive einen anderen Termin zu nennen, wann es dem Stadtrat ernst ist mit der Vorlage für die Sanierung. Dann hätte ich ganz gerne noch eine Klärung. Wie es jetzt aussieht, du hattest zwischendurch mal CHF 5 Millionen in den Raum gebracht, aber im AFP sind es dann 3, die waren auch vorher drin. Was sind da ungefähr die Schätzungen dieser zwei Zahlen. Wann kommt die Vorlage und über welche Beträge reden wir im Moment? Vielen Dank.

Stadtrat Sven Amman: Wir haben die Traktandenplanung, und dort ist die Vorlage effektiv März 2026 drin. Wir waren nicht sicher, was heute passiert und müssen mit dieser Traktandenplanung aber dynamisch bleiben. Darum habe ich vor zwei Tagen in der Sitzung mit dem Tommasini nicht zu 100 % sagen können, ob sie im März kommt. Ich glaube wir sind uns einig, bei der Debatte um den Schulraum sind wir stark unter Druck, und deshalb hätten wir sicher im März auch dafür noch Platz haben müssen. Ich gehe davon aus, und wenn auch meine Stadtratskolleginnen und Kollegen das so wollen, werden wir im März diese Vorlage haben. Weiter ist es so, dass wir die CHF 1,15 Millionen, welche im Finanzplan mal drin waren, bei weitem überschossen haben mit der Baukostenschätzung. Ich habe hier informiert, dass wir nach finanziellen Lösungen suchen. Die GPFK wurde auch informiert, dass wir mit einem ausgewiesenen Experten zusammenarbeiten können, damit wir eine Organisation haben für das Tommasini, um damit auch Drittgelder beschaffen zu können. Am 10. Dezember 2025 haben wir die abschliessende Sitzung zu dieser Vorlage mit dem Experten im Stadtrat. Ich danke für die Anfrage, ich habe das wirklich alles so dem Verein Tommasini gesagt, und wir haben das traktandiert, es kommt im Dezember auf den Tisch des Stadtrats. Da werden wir abschliessend diskutieren, wie wir weiter vorgehen und nachher werden wir informieren. Ich habe dem Verein Tommasini klar gesagt, wir können dieses Jahr noch bestätigen, wann diese Vorlage kommt. Tut

mir leid, wenn ich euch nicht auf dem Laufenden gehalten habe, aber wir haben definitiv ab und zu noch wichtigere Themen gehabt als das Tommasini. Wir haben eine Vorlage bereit, welche die totalen Kosten präsentiert, also Betriebskosten, Betriebskonzept usw. Mit dieser Organisation, mit dieser Stiftung allenfalls, die man gründen könnte, das wird auch eine grosse Vorlage sein, die wohl auch genauso emotional debattiert werden könnte wie heute.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte alle, die Schulraumfrage hat uns gerade vor Augen geführt, dass die Planung, wenn sie zu spät gemacht wird, schwierig werden kann. Dann rennen wir einfach hinterher und zahlen am Ende mehr. Bei der Alterspolitik sollten wir aus diesen Erfahrungen lernen und vorsorglich handeln. Alt werden möchten wir alle, aber niemand will alt sein und schon gar nicht in einer Stadt, die Hindernisse statt Möglichkeiten bietet. Die Baby-Boomer-Generation ist im Alter angekommen, was früher für das Szenario gewesen ist, ist heute Realität. Immer mehr Menschen gehen in die Rente und werden älter, brauchen neue Unterstützungsarten und andere Lösungen, und erste Risse im System sind längst Realität. Bereits jetzt gibt es in Lenzburg Menschen über 65-jährig, die Gefahr laufen, ihre Wohnung zu verlieren und keine Alternative zu finden. Ich vermute, dass auch die Wartelisten für bezahlbare Alterswohnungen in Lenzburg lang sind.

Das ist auch eine der Fragen, die ich gestellt habe. Wir wissen auch aus der kantonalen Befragung, dass Gemeinden mit klaren Strategien, definierten Zielen und einer Fachstelle Alter nachweislich aktiver sind, setzen mehr um und nehmen den demografischen Wandel ernst. Lenzburg ist die grösste Gemeinde im Kanton ohne eine solche Fachstelle. Es geht nicht nur um Solidarität mit den älteren Personen, das natürlich auch, aber es ist auch eine Frage der Vernunft und auch eine Frage, die finanzpolitisch relevant ist. Je länger ältere Personen selbstständig oder mit Unterstützung daheim leben können, desto geringer sind die gebundenen Kosten, die wir jedes Jahr mehr zahlen. Die freiwillige Arbeit, Besuchsdienste, Nachbarschaftshilfe, das ist keine Sozialromantik, sondern ein intelligenter und kostengünstiger Weg, wenn die Angebote gezielt koordiniert sind.

Mein Anliegen ist es, mit meinen Fragen einen Impuls zu setzen, damit wir als Stadt nicht nur Klarheit in diesen Altersfragen bekommen, sondern auch wirklich eine Bewegung ins System bringen. Damit kann der Stadtrat, aber auch wir im Einwohnerrat, ich adressiere auch uns als Vertretung aller Bürger und Bürgerinnen in Lenzburg, rechtzeitig und vorausschauend handeln. Ich werde jetzt nicht alle Fragen stellen, das Dokument ist sehr umfassend, ihr werdet es lesen können. Die Hauptfrage ist eigentlich, wann wird die bestehende Lücke bei der Alterspolitik in Lenzburg geschlossen, und die Fragen zielen eigentlich auf eine systematische Bedarfsplanung. Lenzburg sollte auch eine Stadt bleiben, eine Stadt mit Zukunft, in der man lebenswert und selbst bestimmt leben kann. Danke vielmals.

Thomas Schaer (SP): Geschätzte Anwesende, auch ich habe eine schriftliche Anfrage eingereicht, zu der ich gerne etwas sagen möchte. Es geht um das Projekt «Einfach gut». Einfachgut, das ist das Lenzburger Modell mit der Idee eines Stadtlabors für neue Lebensweisen. Ziel des Projekts war es, Ideen zu entwickeln, um die Lebensbereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit wieder näher zusammenzubringen, mit dem Fokus auf Gemeinschaft, Nachhaltigkeit, Einfachheit und Ökologie. So sind im effektiven Sinn Freiräume gefördert und Naturräume geschützt oder sogar aufgewertet worden. Es gab fünf wichtige Meilensteine. Die Phase von Idee und Konzept, den Prototyp in der Bleiche, ihr könnt euch erinnern mit dem ersten Bau, diverse Workshops haben dort stattgefunden. Das Pilotprojekt auf der Promenade sowie die beiden Etappen auf der Wilmatte, Baugesuch und Naturgartenpark. „Einfach gut“ hat sich durch vielfältige Experimente und öffentliche Veranstaltungen

ausgezeichnet. Die Veranstaltungen haben meistens auch zum aktiven Mitmachen eingeladen. In diesem Sommer ist über eine Woche hinweg auf der Wilmatte das Schlussbouquet gefeiert worden und am 12. November ist der Verein im Rahmen einer GV offiziell aufgelöst worden. Nach intensiven Jahren voller spannender Versuche und Veranstaltungen ist das innovative, wegweisende Projekt somit geordnet abgeschlossen und die Vereinstätigkeit beendet worden. In den insgesamt fast fünf Jahren ist viel entstanden, und es ist Einiges bewegt worden. Da dabei galt praktisch, unkompliziert und gemeinschaftlich. Es sind verschiedenste offene Räume für spontane Begegnungen, kreative Aktionen, auch auf individuellem Inhalt und den persönlichen Austausch geschaffen worden. Auch wenn das Experiment nicht zum selbst gesteckten Ziel geführt hat, konnte mit «Einfach gut» - dem Lenzburger Modell - einiges bewirkt werden. Gerade für eine Stadt wie Lenzburg mit grossem Wachstum und einem starken Veränderungsprozess ist das sehr wichtig. Über die eigenen Kreise hinaus ist zum Nachdenken angeregt worden, und die eine oder andere Veränderung wurde ausgelöst, welche weiter als Projekt selbst reicht. Anlässlich des Projektendes und in Bezug auf weitere ähnliche Konzepte, die die wichtigen Anliegen gegebenenfalls aufnehmen, bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung von drei Fragen. Ist das Projekt «Einfach gut» auf der Wilmatte gemäss gegenseitiger Vereinbarung beendet worden? Zweitens, bestehen gegenseitig noch offene Punkte, Vereinbarung, Nutzung, Finanzen? Vor allem drittens, wie steht der Stadtrat zu ähnlichen Projekten, die das Labor für neue Lebensweisen und gemeinschaftliches zukunftsfähiges Zusammenleben andeuten und so gegebenenfalls in Lenzburg als Leuchtturmprojekt mit weitreichender Ausstrahlung stattfinden könnten? Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind durch mit der letzten Sitzung dieser Legislatur. Ich möchte nur ganz kurz danken, wie gesagt, die Verabschiedungen machen wir heute Abend beim festlichen Schlussabend. Dann werde ich ein paar Worte sagen, was ich erlebt habe als Einwohnerrat und in den letzten zwei Jahren als Präsident. Es geht weiter um 18.30 Uhr mit dem Apéro und um 20.30 Uhr mit dem Nachtessen im Alten Gemeindesaal. Die Musikschule wird uns dann musikalisch begleiten. Bevor die Sitzung geschlossen ist, möchte Corin noch etwas sagen.

Corin Ballhaus (SVP): Lieber Beat, für einmal hast du an unserer Einwohnerratssitzung nicht das letzte Wort. Es ist deine allerletzte Sitzung, nämlich nicht nur als Präsident, sondern auch als Einwohnerrat. Du wirst nicht mehr antreten. Du hast uns zwei Jahre durch alle Unwägbarkeiten und angenehmen wie auch weniger angenehmen Traktanden geleitet. Leider haben wir es nicht ganz geschafft, in der Spezialkommission Gemeindeordnung dir die Hürde der Einbürgerungen aus dem Weg zu räumen. Aber auch das haben wir aufgenommen. Wir bedanken uns ganz herzlich von unserer Seite für das Präsidium. Du hast jetzt Zeit zum Geniessen. Du hast vorhin gerade gesagt, du würdest jetzt dann Leserbriefeschreiber, darauf bin ich schon sehr gespannt, und wir haben heute auch schon eine neue Anleitung zum Thema Alterspolitik, das ist offenbar noch eine Lücke in Lenzburg, da gibt es auch noch ein Betätigungsfeld. Ich gehe davon aus, wir werden auch politisch wieder von dir hören, aber für das Erste kannst du dich einmal von den rauchenden Köpfen verabschieden. Ich weiss, du hast lieber Zigarrenrauch als rauchende Köpfe. Für das aller letzte Wort darf ich jetzt an deine Fraktion übergehen.

Adrian Höhn (GLP): Lieber Beat, ich danke dir auch von der Fraktion ganz herzlich für deinen Einsatz als erster Einwohnerratspräsident der GLP und wünsche dir auf dem weiteren Weg alles Gute und in der neu gewonnenen Freizeit, viel Spass.

[Im Rahmen der Schlussfeier verabschiedet der Einwohnerratspräsident auf persönliche Weise die abtretenden Mitglieder des Einwohnerrats sowie den Stadtammann Daniel Mosimann]

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:

Der Protokollführer: